

Erster Abschnitt.

Die Böhmen und ihre Bundesgenossen.

Am 23. Mai 1618 hatte der böhmische Protestantentag den Aufstand gegen den Landesherrn erklärt. Die Frage war nun, ob das Land bereit war, ihm in die Empörung zu folgen, und ob er selber die Kraft besaß, den Widerstand gegen das zu erwartende Einschreiten des Landesherrn zu organisieren. Auf die erste Frage gaben die rasch folgenden Ereignisse eine Antwort, wie die Führer sie nur wünschen konnten. Während der protestantische Adel schon durch seine zahlreiche Beteiligung an der Prager Versammlung seine Zustimmung zu dem Vorgehen derselben kund gegeben hatte und sie auch zu bezeugen fortfuhr, erfolgte in den drei Prager Städten bereits am ersten Tag nach dem Fenstersturz eine Entscheidung, welche zeigte, wie vergeblich die auf dauernde Zähmung der Bürgerschaften gerichteten Bemühungen der Regierung gewesen waren: der protestantische Teil der Stadträte sagte sich von den katholischen Genossen los und sandte seine Vertreter als Bevollmächtigte der Prager Städte in die Mitte der aufständischen Versammlung. In rascher Folge gingen dann von den übrigen königlichen Städten, mit Ausnahme der katholischen Orte Pilsen und Budweis, die Erklärungen der Zustimmung ein.

So, von einer Massenbewegung getragen, konnte der Protestantentag an seine dringendste Aufgabe, die Organisation des Widerstandes, herantreten. Zu statten kam ihm dabei, daß die böhmischen Stände in der Anwendung der Selbsthilfe keineswegs unerfahren waren. Erst vor sieben Jahren, als der Prager Landtag die Verteidigung des Königreichs gegen die Passauer Truppen in die Hand nahm, hatte er die Leitung der Abwehr einem Ausschuss von dreißig Direktoren übertragen (II, 355). Nach diesem Vorgang erklärte man jetzt das Land im Zustand der Verteidigung gegen die versuchte Vernichtung des Majestätsbriefs und anderer kirchlicher und politischer Freiheiten; zur Leitung dieser Verteidigung wählte man aus den Ständen der Herrn, Ritter und Städte je zehn Direktoren, zur Führung der Truppen einen Obersten Generallieutenant. Aufgabe dieser Direktoren war es, mit den Truppenführern zusammen über Aufbringung

und Verwendung der Streitkräfte zu beschließen, mit den benachbarten Landen und Reichsfürsten über Rat und Beistand zu verhandeln, die Stände so oft als nötig zu berufen und in Abwesenheit derselben die durch den Zweck des Aufstandes gebotenen Maßregeln zu ergreifen. Zwei der entschlossensten Führer der bisherigen Bewegung, Herr Benzel Wilhelm von Ruppau und Graf Matthias von Thurn, wurden der eine den Direktoren, der andere den Truppen vorgefetzt. Dem Grafen von Thurn wurde im Juli noch der fränkische Graf Georg Friedrich von Hohenlohe mit gleichem Titel zur Seite gestellt. Um endlich einen festen Bestand an Geldmitteln und Streitkräften zu gewinnen, wurde eine im Jahr 1615 bewilligte fünfjährige Vermögenssteuer, soweit sie nicht verausgabt war, in Anspruch genommen, und die Vereithaltung des Landesaufgebots — je ein Reiter von einem bestimmten Maß freien Grundbesitzes und Kapitalvermögens, je der zehnte Mann von den unter Grundherrschaft stehenden Bauern und der achte Mann von den städtischen Einwohnern — angeordnet.

Indem die Stände als Zweck dieser Anstalten die Verteidigung des Majestätsbriefs und der Landesrechte aufstellten, erklärten sie, in Wahrheit den Kaiser selbst schützen zu wollen: nur gegen Räte, Beamte und Jesuiten, welche die landesfürstliche Autorität mißbrauchten, sei ihre Abwehr gerichtet. Demgemäß behaupteten sie auch, abgesehen von den für das Verteidigungswerk erforderlichen Maßregeln, keineswegs in die landesherrliche Regierung eingreifen zu wollen, wie sie denn in der That die königliche Kammer- und Justizverwaltung, mit Ausnahme einzelner durch Rache oder Interesse gebotener Eingriffe, unter denen die ewige Verbannung der Jesuiten am schärfsten traf, in ihrem Gange ließen. Es war das eine Maßhaltung, welche durch die Stimmung der Mehrzahl der Versammlung geboten war; ihr war es auch zu danken, daß sich zeitweilig sogar einige katholische Edelleute und Ratsherren den Aufständischen anschlossen.

Aber in solchen Grenzen sich zu halten, war weder die Absicht der verwegeneren Führer, noch war es bei der Fülle gleichartiger Streitigkeiten und gleichartiger Erbitterung, welche in der Nachbarschaft, in den österreichischen Landen wie im deutschen Reich, aufgegangen war, möglich. Es war um so weniger möglich, da auf protestantischer Seite schon der Anfang zu einer unmittelbaren Verbindung der Bestrebungen der Böhmen und derjenigen ihrer Nachbarn gemacht war. Erst drei Jahre waren ja verflossen, seitdem bei dem Prager Generallandtag der Versuch einer Konföderation sämtlicher Lande des Kaisers Matthias, das heißt der Landstände oder vielmehr der protestantischen Parteien in denselben, gemacht war (II, 390); und neun Jahre waren erst vergangen, seitdem ein Bündnis der Union mit den protestantischen Ständen von Böhmen und Oesterreich angestrebt war (II, 312, 362). Wie von selbst wurden daher jetzt die böhmischen Protestanten, da sie trotz aller loyalen Erklärungen sich doch gegen die Rache des Kaisers sichern mußten, auf diese früheren Bestrebungen zurückgeführt. Gleich seine ersten Verteidigungsanstalten bezeichnete der Protestantentag als bestimmt „zur Fortsetzung“ der frühern Konföderationsversuche zwischen den böhmischen Kronlanden. Und hinausgehend über diesen Kreis, der bloß Mähren, Schlesien und die Lausitzen umschloß, erließ dieselbe Versammlung am 27. Mai ein Schreiben an die ungarischen Stände, in dem diese zur

Vereinbarung „fernerer Verbündnis“ aufgefordert wurden.¹⁾ Im Juni endlich richteten zwar nicht die sämtlichen, aber doch einige der verwegeneren Direktoren an den Kurfürsten von der Pfalz das Gesuch um Aufnahme Böhmens in die Union.²⁾

Es lag am Tage, daß, wenn solche Verbindungen verwirklicht wurden, auch die Ziele des Aufstandes erweitert werden mußten. Allein anders stand es doch wieder mit derartigen Aussichten der Zukunft und den Erfordernissen der Gegenwart. Jene Bündnisse konnten im besten Fall erst nach Ueberwindung zahlreicher Bedenken und Umständlichkeiten zu stande kommen, unmittelbar aber drängte die Forderung, die beschlossenen Verteidigungsanstalten ins Werk zu setzen und einen Beweis der Kraft zu geben, bevor der Kaiser den Versuch der Unterdrückung des Aufstandes unternahm. Auch in dieser Beziehung ließ man es fürs erste nicht an Thatkraft fehlen. Auf Anordnung der Direktoren wurden ohne Säumen Truppen geworben, und am 16. Juni konnte Thurn bereits mit 4000 Mann gegen die Südspitze des Landes marschieren. Seine Absicht war gegen Budweis gerichtet, in dessen Besitz er den österreichischen Ständen die Hand hätte bieten können. Aber hier traf er auf den Widerstand einer zeitig in die Stadt geworfenen Besatzung, und damit auf die ersten Gegenanstalten der kaiserlichen Regierung.

Als die Schreckenskunde von dem Prager Aufstande eintraf, weilte Kaiser Matthias in Wien, sein künftiger Nachfolger dagegen und sein leitender Staatsmann, König Ferdinand und Kardinal Klesl, fanden sich in Preßburg, mitten in den Verhandlungen, die erst mit Ferdinands Krönung, am 1. Juli, zum Abschluß kamen. Das Einzige, was Klesl zunächst unter dem Drang der ungarischen Geschäfte, in der böhmischen Frage zu thun vermochte und auch ohne Säumen that, war, daß er in einem Gutachten die Bedeutung des Prager Gewaltstreichs und die Maßregeln, die zu ergreifen seien, darlegte. Sei es nun, daß er aus eigenster Ueberzeugung sprach, sei es daß er vor denjenigen, die ihm mißtrauten, seinen Eifer bewähren wollte, er lehrte seinen bei aller Verfühnlichkeit gegen die protestantischen Reichsstände im wesentlichen immer festgehaltenen Grundsatz der Unversühnlichkeit gegen den Protestantismus in den Erblanden mit neuer Schärfe hervor: der Grund des Aufstandes, sagte er, liege in der Kezerei, die ihrer Natur nach zur Empörung führe, und in der von der kaiserlichen Regierung derselben bewiesenen Nachsicht. Das wahre Ziel der Aufständischen sei: Unterwerfung der landesherrlichen Regierung unter die Leitung der protestantischen Stände, Verbindung dieser Stände in allen Landen des österreichischen Hauses zu einer großen Konföderation, in welcher dann der Landesfürst und die Katholiken zugleich unterdrückt werden sollten. Aus diesen Voraussetzungen folgte, daß dem Kaiser gegenüber dem Aufstand keine Wahl blieb als Kampf bis aufs äußerste; es schien auch daraus zu folgen, daß er die Wurzel alles Uebels, nämlich den Protestantismus, ausrotten müsse. Aber hier bog der Ratgeber mit einer seiner schlaunen Berechnungen ab: die Rebellen selber, meinte er, geben dem Kaiser als ostensiblen Grund des Kampfes die Erhaltung des

¹⁾ Pesched I S. 364.

²⁾ Sattler VI S. 116. Gindely I S. 351/2.

Rechtes des Landesfürsten an die Hand, und dieser Grund ist, unter Hintanzetzung des religiösen Streites, vor der Welt ins Licht zu stellen.

Während also im stillen die Freiheit der protestantischen Religion als der Grund alles Unheils anerkannt wurde, sollte öffentlich die Behauptung einer Bedrohung dieser Freiheit als bloßer Vorwand, die Zerrüttung der landesfürstlichen Rechte als wahres Ziel des Aufstandes bezeichnet werden. Dieser Rat wurde sofort am kaiserlichen Hofe befolgt. Am 18. Juni, nachdem freilich beinahe vier kostbare Wochen verfloßen waren, erging ein kaiserliches Patent, des Inhalts: daß der Majestätsbrief vom Kaiser gehalten sei und ferner gehalten werden solle, daß der Kaiser auch zum Austrag der über die Befolgung und den Sinn des Gesetzes entstandenen Mißverständnisse eine Kommission verordnen werde, daß aber vor allem andern die kriegerischen Anstalten der Stände, nämlich die Vereithaltung des Landesaufgebots und die Truppenwerbungen, aufzuheben seien: denn durch diese Anordnungen sei die Landesverfassung verlegt, und in die Rechte des Landesfürsten eingegriffen.

Aber wie stand es mit der Befolgung des anderen Ratschlags, der auf eine rasche und kräftige Führung der Waffen ging? Abgesehen von der nicht zu entfernenden Besatzung der ungarisch-türkischen Grenze verfügte der Kaiser damals über ein einziges Fähnlein Fußtruppen, das seine Residenz beschützen sollte,¹⁾ und über vier oder fünf Fähnlein, die er von dem venetianischen Kriege her zusammengehalten hatte. Daneben konnte er noch auf einige Streitkräfte rechnen, die von demselben Kriege her teils vom Hause Oesterreich, teils von Spanien in Friaul unterhalten wurden, nämlich ein kläglich zusammengeschmolzenes Infanterieregiment²⁾ und einige Compagnien Reiter. Als eine Streitmacht, die man sofort den böhmischen Rebellen hätte entgegenwerfen können, waren diese Truppenteile natürlich nicht anzusehen. Aber auch das bare Geld, mit dem man neue Werbetruppen hätte aufbringen können, war nicht vorhanden. Seit dem Regierungsantritt des Kaisers Matthias war es Kessl zur Gewohnheit geworden, über die Zerrüttung des Staatshaushaltes zu jammern und zu schelten: über die unwürdige Lage des Hofes, der trotz ärmlichen Zuschnittes nur unter fortwährendem Feilschen mit alten und neuen Gläubigern sein Leben von einem Jahr zum andern fristen konnte, über den Druck der von Rudolf II. hinterlassenen Schulden und die Verpfändungen des besten Teils der Kammergüter, über die Gedankenlosigkeit der Finanzverwaltung, die Unordnung in der Rechnungsführung, die Ausbeutung der Notlage durch große und kleine Profitmacher. Diese alte Bedrängnis wurde jetzt noch erhöht, da der böhmische Aufstand, indem er, ähnlich wie unter Rudolf der Aufstand Bocskays, im Reich und den Erblanden überall verwandte Stimmungen wachrief, eine Steuerbewilligung, sei es des Reichstags, sei es der Landtage, unmöglich machte. Es blieb kein anderer Aus-

¹⁾ Maximilian an Ferdinand, 1618 Mai 31. (Hammer IV Nr. 861.) Ueber die vier oder fünf Stauderschen Fähnlein vgl. Müller III S. 18; Hurter VII S. 285; Rhevenhüller IX S. 74.

²⁾ Regiment Kriechingen, am 25. Oktober von Reggau auf etwa 1000 Mann geschätzt. (An Rhevenhüller, Mitteilungen des german. Nationalmuseums, 1893 S. 88.) Giustiniano rechnet es einige Monate früher noch auf 2000 Mann. (Fiedler, Relationen S. 58.)

weg, als in dem zerrütteten Staatshaushalt jeden Barbestand aufzustöbern, auf den man Hand legen konnte, jeden kleinen Kredit zu erbitten, der noch zu erlangen war, besonders aber um die Beisteuern befreundeter Mächte zu werben, und zwar vor allem um diejenigen des spanischen Königshauses, in welchem das Bewußtsein der Gemeinsamkeit mit dem österreichischen Hause durch die jüngsten Abmachungen mit Ferdinand (II, 432) und durch die Größe der eingetretenen Krisis verstärkt war. Nach diesen Richtungen wurde denn auch sofort die Thätigkeit der Hofkammer und der Diplomatie in Bewegung gesetzt, während neben ihnen der Hofkriegsrat in voller Arbeit war, mit Obersten und Rittmeistern Verträge über die Werbung von Infanterieregimentern und Reitercompagnien zu schließen. — Aber da griff, alles hemmend, ein zweiter Uebelstand ein, nämlich der Zwiespalt im Innern der kaiserlichen Regierung.

Als den vor allen berufenen Wächter der Interessen des Hauses Oesterreich fühlte sich auch jetzt wieder der Erzherzog Maximilian, der Mann, der in der Wahrnehmung der angeblichen Ansprüche seines Hauses die Liga zerrissen und mit dem Herzog von Baiern sich schwer verfeindet hatte (II, 428), der in der Arbeit für Regelung der Nachfolge des Kaisers Matthias sich noch bitterer mit dem Cardinal Klesl entzweit hatte. Gegen den letzteren war schon im Herbst 1616 sein Haß so hoch gestiegen, daß er die Vergiftung desselben wenigstens in Erwägung zog, dann aber sich mit dem Entschluß begnügte, ihn zur gelegenen Stunde gewaltsam vom kaiserlichen Hofe zu entfernen. Auch die neu eingetretene Not diente nicht dazu, ihn versöhnlicher zu stimmen: solange die Führung der Geschäfte in Klesls Händen ist, lautete sein Urtheil, ist nichts Gutes zu hoffen. Unter dem Bann von Maximilians Anschauungen fand sich der König Ferdinand, und merkwürdig! gerade jetzt, da Einheit vor allem not that, schloß sich um beide die Schar der Feinde, die sich Klesl erworben hatte, zusammen. Da war der spanische Gesandte Dñate, der bei seinem Anspruch, in die Geheimnisse der kaiserlichen Regierung einzudringen und hier mit zu raten und zu leiten, von Klesl sehr unanft auf die Seite geschoben war; es waren die obersten Behörden der Kammer und des Kriegsrats, die der Cardinal von jeher durch seine schmähende Kritik gereizt hatte; es waren im geheimen Rat der Reichsvizekanzler von Ulm und seine Gesinnungsgenossen, welche die Reichspolitik Klesls mißbilligten: kurz die Mehrzahl der hohen an der Regierung des Reichs, des österreichischen Staatswesens und der einzelnen Länder beteiligten Beamten fanden sich in der Erbitterung gegen den leitenden Minister zusammen. Ihre Lösung war, daß er in der neuesten und schwersten Krisis jede thatkräftige Maßregel hintanhalt, daß er in unergründlichem Doppelspiel die Empörer öffentlich verdamme und im stillen begünstige und also auf das Verderben der Kirche und des Hauses Oesterreich hinsteure. Zutreffend mögen diese Beschuldigungen insofern gewesen sein, als von Klesl, der sich mit der Ueberzeugung von der Ohnmacht der kaiserlichen Regierung durchdrungen und in den großen Fragen sich den Künsten des Lavierens ergeben hatte, die Durchführung einer Politik der Gewalt und der äußersten Anstrengungen kaum zu erwarten war. Gewiß ist, daß er auch jetzt seinen Widersachern gegenüber auf Winkelzüge, Bosheiten und Verdächtigungen nicht zu verzichten vermochte, und daß bei der Tiefe der Spaltung

der Sturz des Kardinals die unerläßliche Bedingung für ein einheitliches Vorgehen der kaiserlichen Regierung gegen die Aufständischen war.

Gehalten war Klesl seit Jahren nur durch den Kaiser. Aber wie dessen Verfall schon bei den letzten Verhandlungen über die Nachfolge die Sorge vor einem plötzlichen Ende geweckt hatte, so sah man ihn unter den neuen Erregungen in einen Zustand von geistiger und körperlicher Erschlaffung versinken, bei dem die Leitung der Regierung demjenigen anheim fallen mußte, der am festesten danach griff. Und zu diesem Griff schickten sich von dem Augenblicke, da Ferdinand nebst Klesl von Preßburg wieder nach Wien an den Hof des Kaisers gekommen war, die Gegner des Kardinals an. Ein erster Erfolg war es für sie, als am 14. Juli zur Leitung der auf den böhmischen Aufstand bezüglichen Geschäfte ein besonderer Ausschuß unter dem Voritze Ferdinands gebildet wurde. Noch glaubte freilich Klesl, diese Behörde niederhalten zu können, da ja die kaiserlichen Entschlüsse auf die von ihr erteilten Ratschläge von ihm eingegeben wurden. Aber da führte sechs Tage später Erzherzog Maximilian im Einvernehmen mit Ferdinand den zweiten und entscheidenden Schlag. Er lockte Klesl in seine Gemächer in der Burg, ließ ihn dort verhaften, ins steirische Gebiet entführen und von da nach Innsbruck in sichere Haft bringen. So isoliert war Klesl bereits am Hofe, daß niemand für ihn einzuschreiten wagte; der Kaiser aber, an dessen Bett Maximilian und Ferdinand herantraten, um ihm die vollzogene Thatsache zu melden, wurde erst von Grimm, dann von Angst erfaßt, um sich schließlich ins Unvermeidliche zu schicken. Der gestürzte Minister wurde einem von Rachsucht und Verleumdung geleiteten Verfahren unterworfen, aus dem ihn schließlich der Papst errettete, indem er ihn unter sein Gewahrsam in Rom nahm (1622). Am kaiserlichen Hof aber konnten seine Widersacher jetzt zeigen, ob sie die Regierung glücklicher zu leiten vermochten.

Da die Auseinandersetzung mit den Böhmen im Mittelpunkt aller Geschäfte stand, für diese aber die eben erwähnte Kommission unter Ferdinands Voritze gebildet war, so ging auf diesem Wege die Leitung der Regierung wie von selbst an den König Ferdinand über. Damit verstand es sich denn auch von selbst, daß fortan die Gefahr zu großer Nachgiebigkeit gegen die Böhmen ausgeschlossen war, nicht minder freilich, daß auf den Antrieb schöpferischer Gedanken oder mächtiger Thatkraft durchaus nicht gerechnet werden durfte. Der Hauptvorteil bestand in einer gewissen Einheit des Willens, die nunmehr obwaltete, und in einer größeren Entschlossenheit, mit der man sich zu dem unvermeidlichen Waffengang anschickte.

Zum Antritt dieses Waffenganges fühlte man sich endlich, um die Mitte des Monats August, bereit: etwa 14 000 Mann, von denen die eine Abteilung unter Oberst Dampierre von Oesterreich her, die andere unter dem Obersten Ruhn von Mähren her aufbrach, überschritten die böhmische Grenze, um sich im September bei Böhmisch-Brod zu vereinigen. Um dieselbe Zeit kamen auch von verwandten Mächten die ersten Unterstützungen: Erzherzog Albert entließ den Grafen Buquoy, einen im niederländischen Krieg geschulten Brabanter Edelmann, aus seinem Dienst, damit er den Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen übernehme; König Philipp III. von Spanien bewilligte 300 000 Dukaten, welche bis zum

Ausgang des Jahres nach Deutschland übermacht wurden. Der Krieg zwischen dem Kaiser und den böhmischen Ständen war also eröffnet. Aber auch jetzt hielt sich die kaiserliche Regierung noch fest auf der Grundlage, welche durch das Gutachten Klesls und das Patent vom 18. Juni gelegt war: die Rechte der Böhmen mit Einschluß des Majestätsbriefs sechte man nicht an, zum Ausgleich über erhobene Beschwerden sei man bereit; solange aber die Böhmen ihre Kriegsverfassung nicht niederlegten, sei die Anwendung des Zwanges unvermeidlich. Natürlich blieben die Böhmen darauf die Antwort nicht schuldig: ihre Kriegsanstalten dienten nur dem Zweck der Verteidigung ihrer Landesrechte, die kaiserlichen Streitkräfte aber waren fremdes, in das Königreich eingebrochenes Kriegsvolk, zu dessen Bekämpfung nach Ausweis der Landesordnung alle Stände verpflichtet waren. Und so schloß jeder Teil mit der Aufforderung an den andern, seine Truppen zuerst zu entlassen.

Ein großer Vorteil der Böhmen war es, daß sie bei dem Zögern der kaiserlichen Regierung, ihre Rüstungen teils nach Anordnung der Direktoren, teils nach den Beschlüssen einer neuen auf den 24. Juni berufenen Ständeversammlung hatten vervollständigen können. Sie stellten den kaiserlichen Streitkräften jetzt eine ebenbürtige Armee von 12000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern, alles geworbene Soldaten, entgegen. Und bei diesem Gleichgewicht der Kräfte zog sich denn auch nunmehr der Krieg zwei Jahre lang, unter einem Wechsel drohender Vorstöße und vorsichtiger Rückmärsche zwischen den beiden Endpunkten Prag und Wien ohne Entscheidung dahin. Was die schließliche Entscheidung vorbereitete, war nicht dieser offene, von den gewöhnlichen, durch Fanatismus noch gesteigerten Verwüstungen und Greuelthaten schlecht bezahlter Söldner begleitete Krieg, sondern das gleichzeitige geheime Ringen um den Gewinn von Bundesgenossen und die Erweiterung der Umsturzpläne.

Bei der Werbung um Bundesgenossen kamen in erster Linie die österreichischen Hauslande und das deutsche Reich in Betracht; und wie schon bemerkt, waren es wieder die Böhmen, die nach beiden Richtungen ihre Gesuche zu stellen sich beeilten. Indes was die Hauslande angeht, so ging allerdings durch die protestantischen Majoritäten der Stände allerwärts eine tiefe Erregung, das Gefühl gemeinsamer Ansprüche und Gefahren hindurch; aber eine rasche Beschlusfassung lag nicht in der Art dieser Körperschaften. Nur die schlesischen Stände, die ja durch ihr besonderes Bündnis (II, 271) den Böhmen verpflichtet waren, kamen im Oktober 1618 zu dem Beschluß, den ersten Satz der bundesgemäßen Hülfe, nämlich 2000 Mann zu Fuß und 1000 Reiter, unter Führung des Herzogs Johann Georg von Jägerndorf, den Böhmen zur Hülfe zu senden, doch mit dem strengen Vorbehalt, daß die Hülfsstruppen nur zum Schutz der Religion und des Majestätsbriefs, und nur defensiv, also innerhalb der Landesgrenzen, gebraucht werden dürften. Wie wenig Gutes indes die einstweilige Zurückhaltung der übrigen Länder für ihn bedeutete, erfuhr der Kaiser, als er den Landtag von Oberösterreich gegen Ende des Monats Juni,¹⁾ den von Unterösterreich am 21. November eröffnete.

¹⁾ In dem Schreiben Klesls vom 10. Juni bei Hammer IV Nr. 869 heißt es, der Landtag siehe für den „25. Dots“ bevor. Zu lesen ist wohl: für den 25. huius.

Er fand eine von den protestantischen Ständen beider Lande schon vor dem böhmischen Aufstand geschlossene Verbindung vor, deren erste Leistung eine am Tag vor dem Prager Fenstersturz übergebene Beschwerdeschrift war, mit Forderungen, die in gewohnter Weise nicht nur auf die Beobachtung, sondern auf die Erweiterung der Rechte ihres Bekenntnisses gingen. An dem Tage nun, da der unterösterreichische Landtag mit der landesherrlichen Proposition eröffnet wurde, traten die protestantischen Stände an ihre katholischen Genossen mit der kategorischen Frage heran, ob sie mit ihnen den in der Beschwerdeschrift geklagten Verletzungen der Zugeständnisse von 1609 entgetreten, und ob sie jetzt endlich zur Einsetzung des damals versprochenen Schiedsgerichtes (II, 393) mitwirken wollten. Da hierauf die katholischen Stände die verlangte runde Antwort versagten, so erklärten die Protestanten, mit ihnen nicht weiter tagen zu können. — Bis zu diesem Aeußersten gingen in Oberösterreich die Protestanten nicht, und zwar deshalb nicht, weil sie mit ihrer erdrückenden Majorität den Landtag beherrschten, diese Macht aber lieber brauchen wollten, um das Land dem Kaiser militärisch zu schließen und selber die Waffen in die Hand zu bekommen. Auf ihr Andrängen mußte also Matthias die Anordnung eines Musterplatzes für die Errichtung eines halben Infanterieregimentes zurücknehmen, und sie selber stellten unter dem Vorwand des Schutzes der Grenzen gegen die Streitkräfte Böhmens die allerdings noch bescheidene Zahl von 100 Söldnern auf. Zugleich ergriff der zum Feinde des Herrscherhauses gewordene (II, 396) Erasmus Tschernembl wieder mit gewohnter Rücksichtslosigkeit das Wort. Wenn, so führte er in einem Gutachten aus, der Kaiser den Böhmen Krieg statt gütlichen Ausgleichs bringt, so werden dieselben, sobald sein Tod eintritt, kraft ihres freien Wahlrechtes sich auf immer vom Hause Oesterreich lossagen, und ihrem Beispiel dürften die Ungarn, indem sie Bethlen Gabor erheben, nachfolgen.

So gestalteten sich in den österreichischen Landen die Dinge günstig für die böhmischen Rebellen und bedenklich für den Kaiser. Sah es anders im Reiche aus? Wäre das Reich ein fest gefügter Staat gewesen, so hätte es sich von selber verstanden, daß es zum Schutze Böhmens verpflichtet, und daß dieser Schutz in erster Linie dem Landesherrn gegen äußere wie innere Gewalt zu leisten gewesen wäre. Indes so einfach und gleichmäßig waren in Deutschland die Verhältnisse zwischen dem Ganzen und seinen Teilen nicht geordnet. Gerade in Böhmen waren infolge seiner geschichtlichen Entwicklung die Beziehungen zum Reiche fast noch nachhaltiger gelockert als in den burgundischen Landen (I, 25). Ferdinand I. hatte einmal im Jahre 1548 die Vorrechte Böhmens, wie er sie verstand, und seine Nachfolger sie aufrecht hielten, bezeichnet;¹⁾ sie lauteten: Exemption vom Reichstag, von den Reichssteuern und dem Kreisverband, ja Exemption von des Reiches „Schutz und Schirm, Friede und Recht“. Wenn man die letzteren übertriebenen Worte auch nur auf die Befreiung von der Gerichtsbarkeit, den Gesetzen und der Landfriedensverfassung des Reiches bezog, so blieben

¹⁾ Schrift an den Reichstag von 1548. (Nachtspiegel, 1622 S. 160. Vgl. Vitriarius illustratus III S. 861.)

als faßbare Rechte in dem Verhältnisse zwischen Böhmen und dem Reich doch nur übrig die Lehensherrlichkeit des Reiches¹⁾ und die Kurstimme des böhmischen Königs. Wohl suchte nun der Kaiser in der Stunde der Not die Bande zwischen dem Reich und Böhmen anzuziehen: er drang auf die Berufung von Kreistagen, welche ihm Hülfe gegen die Rebellen gewähren sollten; er verbot in einem Erlaß vom 31. Juli die Werbungen und Durchzüge zu gunsten der Empörer; ja, indem er in diesem Erlaß eine von Maximilian II. im Jahr 1570 beantragte, vom Reichstag aber nicht genehmigte Bestimmung (I, 433/4) als beschloffen hinstellte, erklärte er überhaupt Truppenwerbungen und Durchzüge im Reich, soweit sie nicht vom Kaiser erlaubt, und zwar durch besondere Patente erlaubt seien, für verboten. Aber wie das Reich als Ganzes schon durch den Zwiespalt der Parteien zur Neutralität gegenüber den böhmischen Wirren verurteilt war, so ließen sich die Gegner des Hauses Oesterreich die Gründe für die Passivität des Reiches, welche jene Exenttionen boten, nicht entgehen: Böhmen, sagten sie, steht außerhalb des Schutzes der Reichsjustiz und der Landfriedensgesetze. Und so konnte es sich dem Reich gegenüber nicht darum handeln, wie dieses Staatswesen als Ganzes, sondern wie die Parteien desselben, vor allem die Union und die Liga, sich zum böhmischen Aufstande stellten.

Wiederum traten hier die Katholiken vor den Protestanten zurück. Von der Liga war ja nur ein kümmerlicher Rest übrig (II S. 428). Dem Haupte dieses verkleinerten Bundes aber, dem Herzog Maximilian von Baiern, war in den letzten Jahren vor allem der Zwiespalt zwischen seinen Interessen und denen des Hauses Oesterreich zum Bewußtsein gekommen. Der Herrschsucht dieses Hauses schrieb er seine Verdrängung von der Leitung der jetzt aufgelösten größeren Liga zu, und er, der seine territorialen Ansprüche und Vorteile in die allgemeinen Angelegenheiten zu verflechten und das eine und das andere mit gleicher Unerbittlichkeit zu verfolgen pflegte, fühlte sich noch heftiger gereizt, da auch bei der Erweiterung seiner Gebiete, besonders bei der damals vollzogenen Erwerbung der Reichsherrschaft Mindelheim, ihm der Wettbewerb des Hauses Oesterreich, und zwar hier wiederum vornehmlich von dem harten und hochfahrenden Erzherzog Maximilian versochten, in den Weg getreten war. So brachte denn der Herzog dem böhmischen Aufstand allerdings von Anfang an seine bitterste Feindseligkeit entgegen: er war für ihn die natürliche Folge der Einräumung von Religionsfreiheit an die Keger und der Nachgiebigkeit gegen unbotmäßige Stände, er fürchtete als weitere Folge die Ueberflutung erst der österreichischen Lande, dann des Reichs durch die Ketzerei und den Geist der Auflehnung gegen den Fürsten. Aber bei alledem war es klar, daß seine Hülfe gegen die Böhmen nur zu gewinnen war, wenn das Haus Oesterreich ihn umwarb und gleichmäßig seinen Ansprüchen auf alleinige Leitung des wieder herzustellenden katholischen Bundes

¹⁾ Ferdinand beschränkt diese Lehenshoheit nur auf einige mit Böhmen äußerlich verbundene „Land und Herrschaften der Deutschen . . . Zungen“. Aber die *Informatio super hodierno statu Bohemiae* (1620), die österreichisch-offiziellen Ursprunges ist, versieht den Charakter Böhmens als *feudum imperii* und beruft sich auf die Belehnungsacten (S. 11).

und auf territoriale Vorteile entgegenkam. Einstweilen hielt er sich zurück, und der Vortritt fiel somit der Union zu.¹⁾

Einige Wochen vor dem Prager Fenstersturz hatten sich in Heilbronn auf die Kunde von jenem bevorstehenden Kurfürstentag, der zwischen dem Kaiser und Kursachsen für den 1. Februar 1618 in Aussicht genommen (II, 444), dann unter Verhandlungen mit den übrigen Kurfürsten und trotz des Widerstrebens der Pfälzer auf den 28. Mai angesetzt war, die zunächst benachbarten Unierten zu einer Beratung versammelt. Wie es das Bestreben der Pfälzer war, bei jenem Kurfürstentag Verhandlungen über die Succession zu verhindern, dagegen eine Beratung über die Mittel zur Zusammenfügung des gespaltenen Reichs, welche ja nach den Verabredungen zwischen Klesl und den sächsischen Staatsmännern ebenfalls stattfinden sollte, zuzugeben, so verlangten sie über den letzten Punkt den Rat ihrer Verbündeten. Die Antwort²⁾ war ein unnachgiebiger Hinweis auf das Gutachten der Unierten vom 21. Februar 1615 (II, 436), also Bestätigung der in den protestantischen Beschwerden niedergelegten Forderungen, Bestätigung des Grundsatzes, daß zwischen diesen protestantischen Ansprüchen und den katholischen Gegenforderungen, das heißt in den großen Verfassungs-, Macht- und Besitzestreitigkeiten, welche das Reich zerrissen hatten, kein Reichsgericht, keine Majorität an Reichs- oder Kurfürstentagen, sondern lediglich die freieste Verständigung zwischen allen beteiligten Reichsständen den Ausschlag geben dürfe. Indem man so jede gerichtliche und gesetzgeberische Entscheidung verwarf und in dem alten Schlagworte der Komposition einen freien Ausgleich forderte, der doch bei der Unausgleichbarkeit der Ansprüche beider Parteien unmöglich erschien, konnte man sich kaum verhehlen, daß man einem schließlichen Kriege entgegentrieb.

Sechzehn Tage, nachdem diese Erklärungen ausgefertigt waren, brach der Krieg in Böhmen aus. Es war ein Krieg, der nach seinem Anlaß und seinem Schauplatz von der höchsten Bedeutung für das Reich werden mußte: nach seinem Anlaß, weil er aus kirchlich-politischen Gegensätzen entsprungen war, deren Verwandtschaft mit der das Reich erfüllenden Zwietracht längst erkannt war; nach seinem Schauplatz, weil er in der Mitte der österreichischen Lande aufgegangen war, die unter der Herrschaft ihres katholischen Fürstenhauses eine gewaltige Festung des Katholizismus in Deutschland bildeten. Wenn es gelang, in diesen Landen den protestantischen Ständen den Sieg über ihren katholischen Fürsten zu verschaffen, so wurde an der Ostgrenze des Reichs ein geschlossenes katholisches Machtgebiet durchbrochen, ähnlich wie ein solches an der Westgrenze durchbrochen war, als die Republik der vereinigten Niederlande entstand, und als in den sächsischen Landen protestantische Fürsten einzogen. Aus denselben Gründen und mindestens ebenso dringend, wie vor acht Jahren in dem sächsischen Erbfolgestreit,

¹⁾ Belege für die folgende Darstellung der Politik der antiösterreichischen Mächte in meiner Abhandlung über „die pfälzische Politik und die böhmische Königswahl von 1619“. (Historische Zeitschrift, N. F. Bd. 43.)

²⁾ Heilbronner Abschied, im Namen von Kurpfalz, Zweibrücken, Baden, Anhalt, Ansbach, Culmbach, Württemberg, Dettingen, Straßburg, Nürnberg, Ulm, 1618 Mai 7. (Berliner St.-A. Unionsakten Bd. 32.)

erhob sich also jetzt im Hinblick auf die böhmischen Wirren die Frage, ob die Unierten ihren Glaubensgenossen beistehen wollten. Rasch waren mit dieser Frage jene kleinen Fürsten im reinen, welche in der Union die offensive Richtung vertraten (II, 447), vor allem der Markgraf von Ansbach und der Fürst Christian von Anhalt. Die Lösung der deutschen Verwicklung, sagten sie, muß durch einen Krieg erfolgen; der gefährlichste Gegner der Protestanten in diesem Krieg wird das Haus Oesterreich in seinem deutschen und spanischen Zweige sein; dadurch also, daß die protestantischen Reichsstände den Kampf der Böhmen gegen Oesterreich unterstützen, vertreten sie ihre eigene Sache. Auch die entschlossener Partei unter den böhmischen Direktoren suchte die Entscheidung in gleichem Sinn zu fördern, indem sie, wie erzählt, schon im Juni nichts Geringeres nachsuchte als die Aufnahme Böhmens in die Union. Aber eines, was die Haltung der Mehrzahl der Unierten sofort klar machte, war, daß ihre Entschliesung nicht rasch erfolgen werde. Auf der einen Seite standen die Unierten unter dem Banne der rein defensiven Bestimmungen der Unionsverfassung, welche bei Erneuerung des Bundes, die ja zugleich eine tiefgehende Schwächung desselben in sich schloß, mit doppeltem Nachdruck bestätigt waren; auf der andern Seite vermochten selbst die Städte sich dem mächtigen Eindruck der böhmischen Katastrophe und der schweren Folgen, die sich an den Sieg oder die Niederwerfung des Aufstandes auch für die Parteienverhältnisse im Reich knüpfen mußten, nicht zu entziehen. Und so, geteilt zwischen guten Wünschen für den Aufstand und der Furcht, sie zu bethätigen, ließ man den Sommer dahin gehen, bis endlich am 13. Oktober 1618 ein zu Rotenburg gehaltener Unionstag zwei immerhin bedeutungsvolle Beschlüsse faßte. Der erste lautete: die Verletzungen des Majestätsbriefs in Böhmen sind eine gemeine, die evangelische Religion und Libertät angehende Sache. Der zweite besagte: Verbungen sowohl wie Durchzüge, welche gegen die böhmischen Stände bestimmt sind, werden in den Gebieten der Unierten verhindert.

Es waren das Beschlüsse, die den Böhmen dasjenige, was sie vor allem wünschten, nämlich Geld und Truppen, einstweilen nicht gewährten. Aber in ihren Konsequenzen konnten solche Entschliesungen die Union sehr wohl zu einer wirksamern Teilnahme an dem Kriege drängen, und dies um so mehr, da im stillen schon aus ihrer eigenen Mitte viel weiter gehende Unterhandlungen angeknüpft waren.

Zener Unterschied zwischen Führern und Geführten, der in Böhmen beim Ausbruch des Aufstandes hervortrat, hatte sich seit der Einrichtung einer revolutionären Regierung keineswegs ausgeglichen. Wenn man im Kollegium der Direktoren die Rechte und Beschwerden der Stände erwog, so kam man wohl schon überein, daß den Ständen die freieste Königswahl zustehe, und daß die Annahme Ferdinands gegen dieses Recht verstoße, also eigentlich nichtig sei. Aber die Mehrzahl suchte an den praktischen Folgerungen aus solchen Behauptungen vorbeizukommen; sie hatten an den zeitweilig aufgestellten Zielen des Aufstandes genug. Ihr gegenüber stand jedoch eine Minderheit von Männern der That, welche eben diese Frage, ob man nach Abgang des Kaisers Matthias den widerwillig angenommenen König Ferdinand als Nachfolger anerkennen solle, nicht

nur entschlossen verneinten, sondern sich auch die Befugnis beilegte, eine anderweitige Regelung der Herrschaft über Böhmen durch eigenmächtige Verhandlungen anzubahnen. Der betriebfamste unter ihnen war der Vorsitzende der Direktoren, Wenzel von Ruppa; und dieser war es wieder, dem vom Reiche her, mit ähnlichen Anschauungen und Zielen, die von Anhalt geleitete Politik des Kurfürsten von der Pfalz entgegenkam.

Wie oben schon bemerkt, gehörte Anhalt zu denjenigen, welche die böhmischen Wirren zu einer kriegerischen Politik im großen Stil zu benutzen wünschten. Und gewiß, wenn man auf die früheren Bestrebungen dieses Fürsten zurücksieht, wie er unausgesetzt nach einer Gelegenheit suchte, um gegen die Macht des Hauses Oesterreich, sei es der spanischen sei es der deutschen Linie, einen schwer treffenden Angriff ins Werk zu setzen, und wie er in diesem Bestreben seit Jahren auch mit den protestantischen Parteiführern in Oesterreich und Böhmen Verbindungen angeknüpft hatte, so wird man es selbstverständlich finden, daß er der pfälzischen Politik sofort die Aufgabe stellte, den böhmischen Aufstand zu einem großen, für das Haus Oesterreich verderblichen Krieg zu erweitern. Allerdings, für sich allein war der Kurfürst von der Pfalz ein viel zu kleiner Potentat, um an der Seite der Böhmen ohne weiteres in den Krieg einzutreten; aber ganz in der Art des Fürsten von Anhalt lag es, daß er einstweilen die kriegerischen Thaten vorzubereiten suchte, indem er in geheimen Umtrieben die Böhmen zu weitergehenden Entschlüssen anspornte und von außen ihnen Hülfe zu verschaffen sich bemühte.

Bei den böhmischen Direktoren erschien am 8. Juli als Gesandter des Kurfürsten von der Pfalz der Graf Albert von Solms. Seine Aufträge, soweit sie auch dem Kaiser und katholischen Fürsten zugestanden wurden, bezogen sich auf eine zwischen den böhmischen Ständen und dem Landesherrn anzustellende Vermittelung. Soweit sie in der geheimen amtlichen Korrespondenz zur Sprache kamen, gingen sie auf Erkundigungen und Ratschläge. Soweit sie nur mündlich und in tiefem Geheimnis erteilt und ausgerichtet wurden, wiesen sie den Grafen an den Herrn von Ruppa, um in vertrauter Besprechung zur Wahl eines neuen Königs nach dem Tode des Matthias aufzumuntern und auf den pfälzischen Kurfürsten als geeigneten Thronkandidaten hinzuweisen. Diese Eröffnungen hatten einen nachhaltigen Erfolg. Ruppa und seine Gesinnungsgenossen, unter denen in der nächsten Zeit die Generale Thurn und Hohenlohe hervortreten, schöpften daraus die Hoffnung auf Beistand aus dem Reich, sie bestärkten sich fortan in dem doppelten Vorsatze, sich von dem österreichischen Hause loszusagen und für die Wahl Friedrichs V. einzutreten. Aber während so die hingeworfenen Worte weiter wirkten, zogen sich die Pfälzer in tiefes Schweigen zurück. Bei aller Betriebfamkeit waren sie sich ihrer eigenen Schwäche zu wohl bewußt; in der ängstlichen Sorge, sich nicht als Urheber bloßzugeben, wollten sie daher jetzt abwarten, bis die Krone ihnen entgegengetragen, und vor allem auch, bis der Beistand anderer Mächte gesichert sein werde.

Wären nun die Verhältnisse zwischen dem Reich und den auswärtigen Mächten im Jahre 1618 ebenso gewesen, wie im Jahr des Jülicher Erbfolgekriegs, so hätten die Pfälzer vornehmlich auf die Hülfe Frankreichs, Englands

und der Generalstaaten rechnen dürfen. Aber hier trat ihnen nun der große Wandel in den politischen Verhältnissen (II, 446) entgegen. Die Regierung, in deren Händen die Leitung der französischen Politik lag, mußte gegenüber den Aussichten, welche die böhmischen Wirren eröffneten, zunächst ihrer eigenen Schwäche und ihrer mit dem Gegensatz gegen die Hugenotten wachsenden Furcht vor den Fortschritten des Protestantismus überhaupt gedenken. Die Zumutung, die böhmischen Protestanten in ihrer Empörung gegen den katholischen Landesherren zu unterstützen, vor der vermutlich doch auch Heinrich IV. zurückgeschreckt wäre, erschien ihr unter diesen Umständen durchaus verwerflich. Andererseits glaubte sie freilich auch der Gefahr, daß aus diesen Kämpfen eine Verstärkung der spanisch-österreichischen Macht hervorgehe, entgegentreten zu sollen. Sie sah widersprechende Anforderungen an sich herantreten, aus denen sie keinen anderen Ausweg fand, als daß sie, um doch eine Einwirkung auf den Gang der Dinge zu gewinnen, noch vor Ablauf des Jahres 1618 dem Kaiser ihre Vermittlung anbot.

Zu demselben Ergebnis gelangte in derselben Zeit König Jakob I. Eben auf der Wende von 1617 auf 1618 hatte er über die Heirat seines Kronprinzen mit Maria, der zweiten Tochter Philipps III., eine eingehende Verhandlung führen lassen; und wenngleich auch jetzt wieder keine Verständigung erzielt, und infolgedessen die Unterhandlung auf längere Zeit eingestellt wurde, so gab der englische König die Hoffnung, zu seinem Ziele und damit zu einer festen Verbindung mit Spanien zu gelangen, doch keineswegs auf. Andererseits erfüllte ihn das stolze Gefühl, daß England die Vormacht der Protestanten sei. Unmöglich durfte er darum gleichgültig bleiben, als die Böhmen und sein eigener Schwiegerohn, Kurfürst Friedrich V., ihm den Prager Aufstand als Notwehr gegen einen wohl erwogenen Feldzug zur Vernichtung der protestantischen Religion erst in Böhmen, dann im Reiche darstellten und Rat und Verwendung bei ihm suchten. Die Unierten gegen einen Angriff zu verteidigen, fühlte er sich durch das mit ihnen geschlossene Bündnis verpflichtet; die böhmischen Protestanten gegen Unterdrückung zu schützen, forderte von ihm die Gemeinsamkeit der wahren Religion. Und so, zwischen den entgegengesetzten Verbindungen mit Spanien und mit den Protestanten, sah auch er keinen anderen Ausweg, als daß er sich im September und Oktober 1618 mit Philipp III. über die Absicht, dem Kaiser und den Böhmen seine Vermittlung anzutragen, verständigte. Der Unterschied zwischen den beiden sich so als Vermittler anbietenden Mächten lag nur darin, daß Frankreich mehr zur Parteinahme für den Kaiser, England mehr zu den Aufständischen hinneigte.

Von dem Augenblick da die Neutralität Englands und Frankreichs entschieden war, konnten die Generalstaaten mit der Unterstützung der Böhmen, zu der sie an sich eine erklärliche Neigung hatten, nicht wohl allein vorgehen. Sie konnten es um so weniger, da sie nicht nur für den herannahenden Krieg mit Spanien ihre Kräfte zusammenhalten mußten, sondern auch eben in der Zeit von 1618 auf 1619 eine schwere Krise im Innern zu überwinden hatten. Es war die Krisis in dem Streit zwischen Gomaristen und Arminianern: zwischen der Herrschaft der starren calvinischen Prädestinationslehre und einer Milde- rung

derselben in Hinneigung zur alten Kirche, zwischen kirchlich-staatlicher Zentralisation und der Autonomie der Provinzen, zwischen der oranischen Kriegspartei und der dem Ausgleich mit Spanien zuneigenden Stadtaristokratie von Holland. Erst als im Mai 1619 die Nationalsynode von Dortrecht geschlossen, und im Namen der Generalstaaten das Todesurteil über Oldenbarnevelt erlassen war, als in der Synode und den Generalstaaten die calvinische und oranische Partei gesiegt und die Gegner mit brutaler Gewalt niedergeschlagen hatte, konnte die Republik ihre ungeteilte Kraft auf die Vorbereitung des Kriegs gegen Spanien werfen und nun auch die Unterstützung der Feinde Spaniens ernstlicher in Angriff nehmen.

So versagten sich gerade diejenigen Mächte der Unterstützung der Böhmen, auf die es bei einem Kampf gegen das Haus Oesterreich vor allem ankam. Die Pfälzer würden sich in ihrem Bestreben, den in Böhmen aufgegangenen Brand anzufachen, geradezu in peinlicher Vereinzelnung gefunden haben, wenn nicht hinter den drei vornehmeren Staaten jene Mächte zweiten Rangs (II, 448), die mit der pfälzischen Partei in Verbindung getreten waren, gestanden hätten. Aus ihrer Mitte kam die erste und unerwartete Handbietung.

In dem Jahr, das dem böhmischen Aufstande voranging, hatte Herzog Karl Emanuel von Savoyen seinen verwegenen Waffengang mit Spanien beendet. Da der Friede ihm keinen unmittelbaren Vorteil brachte, und außerdem die Erfüllung einzelner Bestimmungen unter beiderseitigem bösem Willen sich bis in den Sommer des Jahres 1618 hinauschoß — wie denn die von den Spaniern besetzte Festung Bercelli erst am 15. Juni dem Herzog zurückgegeben ward —, so war weder des Herzogs Feindschaft gegen Spanien besänftigt, noch seine rastlos arbeitende Projektensucht beruhigt. Längst gewohnt, seine Aufmerksamkeit auf Deutschland zu richten, erhielt er nun in dieser Stimmung die Nachricht vom Aufstande der Böhmen. Sofort glaubte er darin die Gelegenheit zu einer schweren Erschütterung der Macht des Hauses Oesterreich zu erblicken: in Deutschland konnte Ferdinand um die gehoffte Kaiserkrone gebracht, in Italien konnte das Joch der spanischen Herrschaft abgeworfen werden. Um den gewaltigen Umsturz zu fördern und zu benutzen, mußten, so meinte er, Venedig und Savoyen die niedergelegten Waffen von neuem ergreifen: die Republik müsse Geld geben, Anschläge und Mut bringe er selber mit.

Nun wich freilich die Republik all diesen Zumutungen vorsichtig aus; aber es fanden sich zwei Männer, die den Herzog zur eigenmächtigen Fortsetzung seiner Entwürfe voranzutreiben wußten. Der eine von ihnen war jener Ernst von Mansfeld, der ihm ein deutsches Truppcorps zugeführt hatte, welches nach dem savoisch-spanischen Frieden aus Italien abgezogen war, aber in dem befreundeten Kanton Bern noch so lange beisammen gehalten wurde, bis nach Rückgabe Bercellis der Friede gesichert schien, worauf denn der Abmarsch der Truppen nach Deutschland und ihre auf den 3. August 1618 angeordnete Abankung verfügt wurde. Mansfeld tritt bei den gleich zu erzählenden Verhandlungen als Beauftragter des Herzogs auf; wahrscheinlich ist es aber, daß er bei seiner Kenntnis der deutschen Dinge auch als Ratgeber und Anstifter wirkte. Gewiß ist das letztere bezüglich des englischen Gesandten Jsaak Wake. Dieser Diplomat

glaubte eine Politik seines Königs, wie sie die schroff protestantischen Parteien in England wünschten, vorausnehmen zu dürfen. Indem er die demnächstige Mitwirkung Jakobs dem thatendurstigen Herzog vorspiegelte, trieb er diesen an, den Rest von Truppen und venetianischen Subsidien, die ihm noch vom Kriege her zur Verfügung standen, zu einem Eingriff in die deutschen Wirren zu benutzen.

Seit den letzten Tagen des Juli oder den ersten des Monats August erfuhr man am pfälzischen Hof die Wirkungen solcher Ratschläge und Entwürfe. Zuerst erschien Mansfeld, der seine Truppen zur Abdankung hinabgeführt hatte, in Heidelberg und überreichte eine in der savoischen Kanzlei abgefaßte Denkschrift, in welcher ausgeführt wurde, daß für die deutschen Kurfürsten die Zeit gekommen sei, sich bei der nächsten Kaiserwahl vom Hause Oesterreich loszusagen, und daß sich den katholischen wie protestantischen Parteien, mit Ausnahme der österreichisch Gesinnten, niemand so sehr empfehle, wie der Herzog Karl Emanuel. Nicht lange nachher, gegen den 10. August, als Mansfeld sich bei seinem alten Gönner, dem Markgrafen Joachim Ernst von Ansbach, aufhielt und seine Truppen entweder schon abgedankt hatte oder abzutanken im Begriffe war, traf eine weitere Botschaft des Herzogs ein: auf Kosten Karl Emanuels sollte Mansfeld 2000 Mann einstweilen beisammen halten oder abermals anwerben und dieselben, im Hinblick auf die das deutsche Reich erfüllenden Wirren, dem Kurfürsten von der Pfalz zur Verfügung stellen. Der Herzog vermied es dabei, mit dem Kurfürsten Friedrich V. in unmittelbarem Verkehr zu treten; er teilte seine Entschlüsse dem Mansfeld und Wake mit und überließ es diesen, sie ausschließlich drei Fürsten, nämlich dem pfälzischen Kurfürsten, dem Markgrafen von Ansbach und dem Fürsten von Anhalt, kund zu geben. — Wiederum waren noch keine zwei Wochen vergangen, als eine dritte Botschaft unter gleicher Vermittlung einging: in der Voraussetzung, daß Venedig seine Schätze doch noch öffnen werde, war der Herzog geneigt, seinen Verbündeten in Deutschland noch eine größere Armee, bis zu etwa 16 000 Mann, zu stellen, die dann bei den zu erwartenden Verwickelungen im Reich nach den Absichten der Feinde des Hauses Oesterreich verwandt werden mochte.

Es waren der Fürst von Anhalt, der Leiter der pfälzischen Politik, und der Markgraf von Ansbach, der Gesinnungsgenosse und Vertraute des Fürsten von Anhalt, an welche diese Eröffnungen vornehmlich ergingen; sie waren es auch, die sofort die Verhandlung über eine auf Grund jener Eröffnungen zu treffende Vereinbarung in ihre Hand nahmen; der Pfälzer wurde von ihnen nachgezogen. Obgleich nun Fürst Christian scharfblickend genug war, um entweder alsbald oder doch im Laufe der Unterhandlung die Unsicherheit der savoischen Entwürfe zu erkennen, so war doch seine und des Markgrafen Begierde nach einer großen Kombination und einem großen Krieg viel zu heiß, als daß nicht beide die Anerbietungen ergriffen und alles aus ihnen zu machen gesucht hätten, was sich aus ihnen machen ließ. Was ihnen dabei besonders verlockend erschien, war, daß die Anerbietungen des Herzogs ohne Gegenforderungen ergangen waren. Wie sich der Fürst Christian von jeher eingebildet hatte, die Mittel befreundeter

Mächte den Interessen der pfälzischen Politik dienstbar machen zu können, so meinte er auch jetzt, eine nähere Vereinbarung mit dem Herzog von Savoyen nach dem einseitigen Interesse der deutschen Teilnehmer anbahnen zu können.

Die erste Frage war, was man mit den 2000 Mann des Grafen von Mansfeld thun solle. Sie wurde rasch und ohne viel Bedenken gelöst, indem die Truppen den Böhmen überwiesen wurden. Der Name des Herzogs von Savoyen wurde dabei, wie er es verlangt hatte, selbst den Böhmen verschwiegen. Daß Friedrich V. es war, der die Truppen den Böhmen zuwies, wurde den Direktoren kund gethan, der übrigen Welt aber ebenfalls verhüllt; nach außen waren es lediglich die Direktoren, welche den Mansfeld am 30. August als General der Artillerie in Bestallung nahmen, und in deren Auftrag dieser nun die 2000 Mann nebst denjenigen Truppen, die er weiter anwarb, nach Böhmen führte. Mansfeld hatte das Glück, sein neues Kommando mit einem bedeutenden Erfolg zu beginnen. Die Stadt Pilsen, neben Budweis die einzige bedeutende Stadt, die katholisch und kaiserlich gesinnt war, die außerdem vermöge ihrer Lage die Verbindung zwischen Böhmen und der Oberpfalz beherrschte, wurde von ihm belagert und am 21. November erstürmt. Wie nun aber dieses kräftige Auftreten nur dadurch ermöglicht war, daß Mansfeld von vornherein die von Savoyen ihm zugewiesene Truppenzahl ungefähr auf das Doppelte gebracht hatte, so war auch von vornherein das erste Ansinnen, das Anhalt und Ansbach zum Zweck bestimmterer Vereinbarungen an Karl Emanuel zu stellen hatten, dahin gefaßt: er möge die Truppenzahl verdoppeln und einige hundert Reiter hinzufügen.

Mit noch viel höheren Ansprüchen traten die Fürsten an das zweite Angebot, das die Aufstellung einer größeren Armee in Aussicht stellte, heran. In dem Glauben und in dem Wunsch, daß zur Lösung der im Reich und in den österreichischen Landen angesammelten Streitfragen der große Krieg demnächst angehen werde, hofften sie, mittelst dieses Anerbietens eine Macht in die Hände zu bekommen, die sie je nach dem Wechsel der Gelegenheiten für wechselnde Zwecke ins Feld führen konnten: sei es um dem pfälzischen Kurfürsten die böhmische Krone zu ersechten, sei es um im Reich die Streitfragen zwischen Katholiken und Protestanten im Sinn der protestantischen Beschwerden zu entscheiden, sei es um bei einem eintretenden Interregnum die Befugnisse des pfälzischen Vikariats zu folgenschweren Eingriffen in den Zustand des Reiches zu benutzen. Für so große Aufgaben wurden nun die Zumutungen an die Freigiebigkeit der italienischen Verbündeten noch erhöht: die von Venedig zu zahlenden Jahreskosten sollten sich auf drei Millionen Ducatons belaufen und diese Zahlung für drei, mindestens zwei Jahre gesichert werden. Was dagegen die Verfügung über die Streitkräfte anging, so sollte der Kurfürst von der Pfalz die nominelle Führung erhalten und Anhalt und Ansbach ihm als Generallieutenants zugeordnet werden. Auch hinsichtlich der Teilung der Beute stellte Ansbach die vorförmliche Rechnung auf, daß die böhmische Krone dem pfälzischen Kurfürsten bleiben möge, der Gewinn aber, der bei dem unvermeidlichen Angriff gegen die Gebiete der geistlichen Fürsten sich ergebe, zwischen dem General und seinen Lieutenants gleichmäßig zu teilen sei.

Wenn so in Bezug auf die Ehren und Vorteile des Unternehmens nur an die deutschen Verbündeten gedacht wurde, so hätte man wenigstens für die auf die Kaiserkrone gehenden Wünsche des Herzogs Karl Emanuel ein eifriges Entgegenkommen voraussetzen können. Aber hier stand nun wieder im Wege, daß die pfälzische Regierung schon vor zwei Jahren einen andern Kandidaten ausersehen hatte, nämlich den Herzog Maximilian von Baiern (II, 441). Die Vorliebe für diese Kandidatur hatte unter der fortschreitenden Sicherung der Nachfolge Ferdinands in den österreichischen Hauslanden nur noch zugenommen und endlich dahin geführt, daß Friedrich V. im Februar 1618 sich zu einem Besuch in München herbeiließ, um durch persönliche Einwirkung die Zustimmung des Herzogs und seines Hauses zu dem Plan zu gewinnen. Für Maximilian, der die Absicht, auf diese Weise die Katholiken im Reich zu spalten und aufzureißen, in ihrer harmlosen Schlaueit durchschaute, hatten nun freilich derartige Versuchungen keinen Reiz: er wich ihnen höflich aus. Wie es aber nicht seine Art war, dem Widersacher den Grund seiner Gedanken zu enthüllen, wie er ferner in der grundsätzlichen Frage, daß die Kaiserwahl von allem Zwange frei sein müsse, dem Pfälzer seine volle Uebereinstimmung bezeugte, vielleicht auch ein scharfes Wort über die Herrschsucht Oesterreichs einmischte, so hielt man in Heidelberg mit merkwürdiger Zähigkeit an dem Glauben fest, daß der Ehrgeiz des Herzogs im stillen auf die Kaiserkrone gerichtet sei, und daß vielleicht noch mit Hilfe seines in Köln regierenden Bruders eine Verbindung geistlicher und protestantischer Kurfürsten zu seiner Wahl zu erwirken sei. Jetzt nun diesen Bestrebungen zu entsagen zu Gunsten einer savoischen Wahl, vor deren Schwierigkeiten die einer bairischen Wahl beinahe leicht erscheinen mochten, waren die pfälzischen Staatsmänner nicht bereit. Andererseits sollte aber doch wieder die savoische Bewerbung keineswegs abgewiesen, sondern als zweiter Ausweg frei gehalten werden. Und so half man sich, indem man dem Herzog die sonst wenig beachtete, von der Goldenen Bulle aufgestellte Pflicht des Kurfürsten, ohne vorherige Bindung seiner Stimme in die Wahlhandlung einzutreten, entgegenhielt, gleichzeitig aber die Neigung des Pfälzers zum Eintreten für seine Wahl beteuerte und dieses Eintreten als gewiß hinstellte, wenn vorher die großen Leistungen, die man von ihm forderte, ins Werk gesetzt seien.

Auf diesen Grundlagen wurde die Verhandlung mit Karl Emanuel eröffnet. Außerlich als Gesandter von Ansbach und Anhalt, in Wahrheit aber mit Aufträgen, die neben den beiden Fürsten auch den pfälzischen Kurfürsten banden, erschien im Oktober 1618 der Burggraf Christoph von Dohna, im Januar 1619 der Graf Mansfeld am Hof zu Turin. Zugleich schien es jetzt den Pfälzern an der Zeit zu sein, auch nach zwei anderen Richtungen mit ihren Absichten offener herauszugehen: gegen den König von England und gegen die Vertrauensmänner in Böhmen. In demselben Monat Dezember erhielt an den ersteren der kürzlich von Turin zurückgekehrte Christoph von Dohna, an die letzteren der Bruder Christophs, Achaz von Dohna, eine vorsichtig abgewogene Instruktion.

Als nächster Zweck der englischen Gesandtschaft erschien die Erneuerung des im April des Jahres abgelaufenen sechsjährigen Bündnisses zwischen England und der Union (II, 361), ein Zweck, der denn auch ohne besondere Schwierig-

keiten erreicht wurde, indem Jakob am 27. Januar, die Unierten am 16. Mai 1619 den erneuten Bundesvertrag unterzeichneten. Wichtiger jedoch als diese streng defensive Verbindung war für die Pfälzer der Versuch, den König Jakob I. in ihre offensiven Pläne zu verstricken. Sie gedachten in dieser Beziehung zunächst jenes größeren Heeres, mit dem sie in die schwankenden Verhältnisse des Reichs einzugreifen gedachten. Wie sie über dessen Aufstellung mit Savoyen bereits verhandelten, daneben aber auch die Mitwirkung der Union ins Auge gefaßt hatten, so wünschten sie von Jakob die Erklärung zu erlangen, daß er der Union seine vertragsmäßige Hilfe auch dann stellen wolle, wenn sie nicht zur Abwehr eines erfolgten, sondern zur Verhinderung eines beabsichtigten Angriffes ein Heer aufbringe. Daran schloß sich eine offene Zumutung zu Gunsten der Böhmen: er möge den Ständen, die natürlich nichts als die Wahrung des Majestätsbriefs und wirksame Bürgschaften gegen fernere Drangsale erstrebten, ein Darlehen gewähren. Endlich, im tiefsten Vertrauen hatte der Gesandte zu eröffnen, daß diese schwer bedrängten Stände beim Tode des Kaisers vielleicht den pfälzischen Kurfürsten zu ihrem Könige erwählen möchten: er sollte fragen, ob in diesem Fall Friedrich V. auf die Unterstützung seines Schwiegervaters rechnen dürfe.

Der Gewinn der böhmischen Krone wurde also in den Mittelpunkt der Verhandlungen sowohl mit Savoyen, wie mit England gerückt. Die Folge dieses offenen Zugeständnisses ehrgeiziger Absichten war, daß nun aber auch die Pfälzer das Schweigen brechen mußten, in welches sie sich den böhmischen Vertrauten gegenüber gehüllt hatten und über welches diese bereits stutzig zu werden begannen. Der Auftrag, mit welchem Achaz von Dohna an Ruppa und die von diesem ins Vertrauen Gezogenen abgefertigt wurde, ging demgemäß dahin, eine deutlichere Verständigung über die Königswahl des Kurfürsten Friedrich anzubahnen, wobei allerdings die bisher beobachtete Vorsicht der Pfälzer in keiner Weise verleugnet wurde. Vor allem durfte der Gedanke der Wahl nicht von den Anregungen des Grafen von Solms abgeleitet werden; er mußte vielmehr aus der freien Zuneigung der böhmischen Stände entsprungen sein. Zur Annahme einer Wahl nach dem Tode des Kaisers Matthias erklärte sich nun der Kurfürst, indem er sich von jeglichem Ehrgeiz freisprach, für den Fall bereit, daß Gott ihn berufe, um für seine Ehre und das gemeine Wesen zu wirken. Um sich aber zu überzeugen, ob eine solche göttliche Berufung vorliege, bedurfte er vor allem der Aufklärung und der Sicherung über eine lange Reihe von Zweifeln, die er vorlegte: es handelte sich dabei um das Recht der Böhmen und der inkorporierten Lande zur Vornahme der Wahl, um ihre einmütige Bereitschaft zur Wahl des Kurfürsten, um ihre Mittel zur Behauptung des Erwählten. Ueberall erschienen die Böhmen als diejenigen, welche die verwegene That zu verantworten und die Mittel zur Durchführung zu beschaffen hatten. — Wenn man bedenkt, daß es den Böhmen vor allem anderen auf die Gewinnung fremder Hilfe ankam, so möchte man sich die Wirkung derartiger Fragen als eine abschreckende denken. Aber gemildert wurde dieser Eindruck doch wieder durch den Schluß der Aufträge, in dem auf die lockenden Vorteile der pfälzischen Verbindung hingewiesen wurde: der Kurfürst hatte den Böhmen das Mansfeldsche Corps zugewandt; er sagte ihnen jetzt aus eigenen Mitteln ein Darlehen von 100 000 Gulden

zu; er war im Begriff, seinen mächtigen Einfluß bei der Union, bei England und den Staaten zu ihren Gunsten zu verwenden.

Auf solche Weise traten die Kurpfälzer zur Zeit der Jahreswende in einen Kreis ineinander greifender Beziehungen ein, die überall auf Krieg und Umsturz ausgingen. Aber die Entwicklung dieser Verhandlungen entsprach keineswegs ihren Wünschen. Als Christoph von Dohna am 19. Februar 1619 von England zurückreiste, brachte er auf alle Gesuche um unmittelbare Leistungen, sei es zu Gunsten der Böhmen, sei es für eine Kriegsbereitschaft der Union, ablehnende Antworten mit. Und ebenso mußte jener Wake, der von Turin nach London geeilt war und einige Zeit nach Dohna aufbrach, um über Deutschland zu seinem Turiner Gesandtschaftsposten zurückzureisen, dem savoischen Herzog das beschämende Geständnis ablegen, daß sein König für die Ueberweisung des Mansfeld'schen Corps an Pfalz und die Böhmen jede Verantwortung, sei es auch nur in Form eines Gesuchs um Fortsetzung dieser Ueberweisung, ablehne. Es war bei diesen abschlägigen Antworten im Grunde genommen nur noch ein weiterer schlechter Dienst, wenn Jakob den ihn umwerbenden Fürsten doch wieder einige Ausblicke auf künftige Mitwirkung eröffnete, wie er denn dem Kurfürsten von der Pfalz nicht alle Hoffnung auf Unterstützung zum Gewinn der Herrschaft über Böhmen abschneiden wollte, falls ihm die Ueberzeugung von der vollen Rechtmäßigkeit und Sinnmütigkeit der eventuellen Königswahl verschafft werde, wie er ferner zu Gunsten der Wahl des Herzogs von Savoyen zum römischen Kaiser eine wohlfeile Verwendung bei seinem Schwiegersohn eintreten ließ. Er bestärkte dadurch besonders die Pfälzer in ihren lustigen Entwürfen, während es sich doch bald zeigen sollte, daß seine zwischen den kämpfenden Parteien vermittelnde Stellung nicht auf Kraft, sondern auf Schwäche beruhte, bedingt durch sein Zerwürfniß mit dem Parlament und durch die Schwankungen eines haltlosen Geistes, der über der Bewunderung seiner weisen Erwägungen nicht leicht zu einem Entschluß gelangte, der aber den Mut zu verlieren pflegte, wenn der Gegner sich durch die Grobheit der englischen Diplomatie nicht imponieren ließ.

Noch waren diese englischen Verhandlungen in ihren Anfängen begriffen, als Mansfeld, unterstützt von dem Ansbacher Sekretär Neu, seine Aufträge in Turin ausrichtete, und nun auch hier eine Unterhandlung in Gang kam, welche zu ähnlichen oder schlimmeren Enttäuschungen führen sollte. Der Herzog Karl Emanuel, der bereits erkannt haben mochte, daß die Republik Venedig zu der ihr zugeordneten Rolle des Geldgebers keine Neigung hatte, trat in die Verhandlung mit der Erklärung ein, daß er aus eigenen Mitteln neben den Kosten des zu vergrößerten Mansfeld'schen Corps auch einen mäßigen Beitrag zu den Erfordernissen der in Deutschland aufzustellenden Armee übernehmen wolle, dafür aber einen Lohn von ungeahnter Höhe erwarte: er verlangte neben der kaiserlichen die böhmische Krone. Hätte er nun mit nüchternen Unterhändlern zu thun gehabt, so würden dieselben vor dem Gegensatz zwischen diesen Anträgen und ihren Aufträgen vermutlich zurückgeschrocken sein; aber wie des Herzogs eigene Phantasie durch den Fortgang der böhmischen Umwälzung erhitzt war, so konnten auch Männer, wie Mansfeld und Neu, der Einladung zu einem wilden Spiel um Länder und Kronen nicht widerstehen. Wenn man einmal in einen Krieg

eintrat, der Böhmen in die Hände eines italienischen Fürsten spielte, warum sollte dann nicht auch Ungarn, ein Teil der deutsch-österreichischen Lande, vor allem aber die zur Abrundung der pfälzischen Lande so trefflich geeigneten Gebiete des Elsaß dem Haus Oesterreich und seinen katholischen Verbündeten entzogen werden? Ein Gegenvorschlag, der sich also von selber zu bieten schien, war, daß der Kurfürst von der Pfalz dem Herzog Karl Emanuel die böhmische Krone überlasse, dieser hingegen ihm zum Erwerb der genannten Länder beizustehen habe, wobei man dann noch in raschem Zug die adriatischen Gebiete des Hauses Oesterreich nebst den österreichischen und deutschen Territorien auf der südlichen Seite der Alpen von ihrem bisherigen Staatsverband abtrennte und sie der Republik Venedig als Preis für ihre Mitwirkung, auf die man, weil man sie nicht entbehren konnte, zu rechnen fortsuhr, zuwies.

Zur Würdigung dieses Gebäudes von Projekten ist zu berücksichtigen, daß die einzige reale Grundlage derselben jener vom Herzog Karl Emanuel angebotene Geldbeitrag war, der sich auf eine zwischen dem Mansfeldschen Corps und der größeren Armee zu verteilende Jahressumme von 750 000 Ducatons belief, also ein Viertel desjenigen Betrags, den man allein für die größere Armee veranschlagt hatte. Trotzdem ging der Herzog auf diesen Gegenvorschlag ein, und, als das Ergebnis der Verhandlung dem Kurfürsten von der Pfalz und seinen beiden fürstlichen Beratern vorgelegt wurde, konnten auch diese sich nicht entschließen, den einzigen Kampfesgenossen, der sich ihnen bot, fahren zu lassen. Wohl mußten den Fürsten von Anhalt die Forderungen des Savoyers erschrecken und seine Anerbietungen wenig ermutigen; allein da er es nicht über sich brachte, der abenteuerlichen Kombination zu entsagen, so ergriff er den Ausweg, sie zwar zu verfolgen, aber nur mit halbem Herzen zu verfolgen.

An Ruppia und die beiden ins Vertrauen gezogenen Generale Thurn und Hohenlohe mußte also im April 1619 Ahas von Dohna abermals abgehen, um ihnen die savoischen Anerbietungen, nicht ohne Uebertreibungen, zu eröffnen und ihnen unter ziemlich kühler Empfehlung des Herzogs anheimzugeben, eine nähere Vereinbarung mit Karl Emanuel dadurch zu erleichtern, daß sie ihm Aussicht auf seine Wahl zum böhmischen Könige gäben. Zum Abschluß der Verhandlungen mit dem Herzog selber brach sodann kein geringerer als Fürst Christian auf, um fast vier Wochen lang, vom 2. bis 28. Mai, sich mit demselben in Projekten und Auskunftsmitteln zu ergehen. Vor allem diese letzteren Unterhandlungen führten aber, wie sie mit halbem Herzen begonnen waren, zu einem noch weniger als halben Ergebnis. Eine erste Erfahrung, die Anhalt in seinen Besprechungen mit den in Turin anwesenden venetianischen Botschaftern machte, war, daß die Republik in der That keine Neigung hatte, für die Ausführung der abenteuerlichen Entwürfe Geld zu geben, daß folglich alle Hoffnungen, die nötigen Mittel zusammenzubringen, in unabsehbare Ferne rückten. Seine zweite Erfahrung war, daß für ein zuverlässiges Abkommen wie die materiellen, so auch die sittlichen Grundlagen fehlten. Es trat ihm eben im persönlichen Verkehr mit Karl Emanuel jene Mischung von Phantasie und Durchtriebenheit entgegen, welche den Herzog von einem Projekt zum anderen abspringen und bei jeder Abrede sich einen Ausweg offen halten ließ. So war es im Grunde nur ein Scheinwerk,

wenn die beiden Fürsten die Punkte, über welche sie übereingekommen sein wollten, in einem auf Genehmigung des pfälzischen Kurfürsten und Ansbacher Markgrafen gestellten Vertrag (Nivoli, 28. Mai) niederlegten. Der Herzog hielt kraft eines in dem Vertrag befindlichen Vorbehalts neben dem Anspruch auf die böhmische Krone auch denjenigen auf seine Kaiserwahl fest, während Kurpfalz in letzterer Beziehung nicht über seine allgemeinen Erklärungen hinausgegangen war. Der Herzog wollte laut einer Stelle des Vertrags die böhmische Königswahl vollzogen sehen, bevor er seine Anerbietungen ausführte, während die deutschen Bundesgenossen laut einer anderen Stelle erst die Heere ausgerüstet und die kriegerischen Operationen begonnen sehen wollten, ehe jene Wahl erfolgen dürfe. Der Herzog endlich ließ sich wohl zu einer Erhöhung der in der Verhandlung mit Mansfeld zugesagten Leistungen an Geld und Truppen herbei; allein im Vergleich zu den Unternehmungen, die man in Aussicht nahm, besonders auch zu den Kosten der im Reich aufzustellenden Armee bedeutete das alles nur einen kleinen Beitrag.

Als Anhalt mit diesem Gewinn seiner Verhandlungen nach Deutschland zurückkehrte, mochte er sich in einer Stimmung finden, als ob er und sein Partner ein hohes Spiel mit falschem Gelde gespielt hätten. Er mußte sich sagen, daß der Wert dieser ganzen savoischen Unterhandlung nicht in ihren unmittelbaren, sondern besten Falls in ihren mittelbaren Ergebnissen bestehe: mittelbar war dadurch die kriegerische Entwicklung der böhmischen Dinge befördert, indem Savoyen den Böhmen bisher 2000 Söldner bezahlt hatte, und indem Kurpfalz auf den Bahnen einer kriegerischen Politik vorangedrängt war; mittelbar konnten auch die weiteren Folgen sehr bedeutend werden, wenn die Verhältnisse sich derart gestalteten, daß beide Teile ihre Vorbehalte und widersprechenden Interessen vergaßen und mit geeinter Kraft auf gemeinsame Ziele ausgingen. Eine große, alle Verhältnisse umgestaltende Veränderung war aber in der That vor sich gegangen, noch ehe Fürst Christian seine Reise nach Turin beschlossen hatte: am 20. März 1619 war Kaiser Matthias an der durch die letzten Aufregungen beschleunigten Erschöpfung seiner Kräfte verschieden. Es trat damit eine Katastrophe ein, welche auch unsere Betrachtung von den Abwegen der pfälzisch-savoischen Entwürfe wieder zum Mittelpunkt der gewaltsamen Bewegungen zurückführt.

Zwei Successionen wurden durch den Tod des Kaisers eröffnet: die eine in den von Empörung und auf Empörung zielenden Untrieben durchgezogenen Hauslanden des Verstorbenen, die andere in dem durch die Parteien zerrissenen und mit kriegerischen Zusammenstößen bedrohten Reich. Als Prätendent der Nachfolge in beiden Staatswesen trat König Ferdinand hervor, und zwar als ohne weiteres berechtigter Nachfolger in den kaiserlichen Hauslanden. In der Hauptmasse derselben, nämlich denjenigen, die zum Verband der ungarischen und böhmischen Krone gehörten, war ja die Succession Ferdinands durch Vereinbarung mit den Ständen festgestellt, und wenn das Land Ober- und Unterösterreich von Rechts wegen an den damals allein noch überlebenden Bruder des Kaisers, an Erzherzog Albert, überging, so hatte dieser durch eine am 2. Februar 1619 ausgestellte Vollmacht die Besitznahme und Regierung auch dieses Gebietes an Ferdinand übertragen. Das bisherige Haupt der steierischen Linie trat hiermit an die

Spitze der gesamten deutschen Linie des Hauses Oesterreich, und dies um so unbeschränkter, da jener Erzherzog Maximilian, der so betriebsam die Interessen seines Hauses wahrgenommen hatte, kurze Zeit nach dem Sturze Klesls, am 2. November 1618 gestorben war, und da die beiden jüngeren Brüder Ferdinands, nämlich der oft genannte Erzherzog Leopold, dem nach Maximilians Tod die Verwaltung Tirols und der österreichischen Vorlande zufiel, und Karl, der die Bistümer Breslau und Brixen gewonnen hatte, zu der Leitung der allgemeinen Politik wenig herangezogen wurden.

Da Ferdinand seit dem Sturze Klesls die österreichische Gesamtregierung im wesentlichen schon geleitet hatte, so bedeutete sein Eintritt an Matthias' Stelle keine auffallende Aenderung des Regiments, weder hinsichtlich der Ziele noch hinsichtlich der leitenden Personen. Nur für einen Mann mußte alsbald ein ausgezeichnete Platz frei gemacht werden, nämlich für den steierischen Freiherrn Hans Ulrich von Eggenberg. Als umsichtiger Ratgeber, als gewandter Geschäftsführer und als gleichgestimmter Freund hatte Eggenberg bei Ferdinand einen ähnlichen, nur um vieles maßvoller gebrauchten Einfluß erlangt, wie Klesl bei Matthias; jetzt, bei der Neubildung des Hofes, wurde ihm denn auch die Würde eines Obersthofmeisters und dazu die seit Klesls Sturz frei gewordene Stelle eines Direktors des geheimen Rats übertragen. Neben ihm gab es einen zweiten Mann, der einen starken und festen Platz in der Regierung gewann: das war der dem Jesuitenorden angehörige Beichtvater, damals der Pater Villerius. Ueberall, wo die Fragen der Politik zugleich den Charakter religiöser oder kirchlicher Pflichten und Vergehen gewannen, da hatte dieser Mann dem Monarchen, der alle vierzehn Tage in der Beichte sein Gewissen vor ihm eröffnete, die Entscheidung darüber zu geben, was Gott ihm gebiete oder verbiete, er hatte auch das Recht, in freiem Verkehr jegliche Regentenmaßregel zu empfehlen oder zu verurteilen, soweit durch dieselbe Gottes Zorn oder Wohlgefallen zu erwecken war.

Daß im übrigen der neue Monarch selber in Folge seiner Erhebung ein anderer wurde, war bei seinem gereiften Alter — er stand im 41. Lebensjahr — und bei der festen Stellung, die er längst zu den vornehmsten Fragen genommen hatte, ausgeschlossen. Fest stand ihm vor allem anderen die Ueberzeugung, daß die Freiheit des protestantischen Glaubens eine fortdauernde Beleidigung Gottes sei, sowie der Entschluß, kein Zugeständnis an die Ketzer zu gewähren, das der Beichtvater oder die zu noch tieferer Erwägung zugezogenen Jesuitentheologen als unerlaubt erklärten. Andererseits war ihm jene Härte des Fanatikers, die Grauen und Abscheu erweckt, fremd. Fühlte doch selbst ein Mann wie Tschernembl, als die Stunde der Lossagung nahte, sich zu den teilnehmenden Worten gedrungen: „ich gönne es ihrer königl. Würde, Gott weiß es, nicht gerne; denn es ist ein Herr, so seine Gaben hat.“¹⁾ Die vornehmsten Gaben Ferdinands waren Gutmütigkeit, die keinen Menschen gern verlegt, und redliches Verlangen, den Regentenaufgaben gerecht zu werden. In erfreulichem Gegensatz gegen den menschenfeindlichen Rudolf und den kranken Matthias liebte er es, die Geschäfte im ungezwungenen Verkehr mit Räten und Gesandten zu behandeln, und nicht

¹⁾ An Anhalt, 1619 Juli 18. (Münchener Bibl. Coll. Cam. 47.)

gering war die Uebersicht, die er sich hierdurch über die politischen Verhältnisse erwarb. Der venetianische Gesandte fand,¹⁾ daß kaum einer mit so voller Kenntniss über die Angelegenheiten der Welt rede, — nur freilich daß sich mit dieser Kenntniss die Unfähigkeit zum raschen Entschluß verbinde. Es war dies ein Mangel, den der Gesandte der Gewöhnung an das Urtheil des Beichtvaters zuschrieb, der aber in Wahrheit noch tiefer liegende Gründe hatte. Ferdinand barg in einem kräftigen Körper einen schlaffen Geist. Immer fähig, unter den gewohnten Ceremonien stundenlanger Gottesdienste — etwa beim Abbeten des großen Breviers während der zwei Messen, die er täglich hörte,²⁾ oder unter den Schilderungen der Wunder und Ascese der Heiligen — in andächtige Geistesruhe zu versinken, hatte er Anspannung des Gedankens und Willens weder selber geübt noch anderen mitzuteilen vermocht. Schwach im Urtheil, verstand er es nicht, sich in dem verschlungenen Getriebe der Politik über wenige Grundgedanken und die nächsten Auskunfts Mittel zu erheben. Seine Pflichten nach äußeren Satzungen regelnd, wollte er, wenn die der Andacht, Ascese und Arbeit gewidmeten Stunden abgelaufen waren, sich seine Vergnügungen, die das Gewissen nicht beschwerten, wie den Genuß der Musik und vor allem die leidenschaftlich betriebene Jagd, nicht schmälern lassen. Es war ein Fürst von schwachem Urtheil, mäßiger Arbeitsamkeit und ohne wahre Herrscherkraft, ein vollgültiger Vertreter jener Mittelmäßigkeit, welche die deutschen Fürsten und Staatsmänner zu bloßen Werkzeugen der großen geistigen Gegensätze machte, die die Welt in den Krieg hineintrrieben.

Wie der Fürst, so war auch sein Hof. Ehrbar und devot erschienen insgesamt die Staatsmänner Ferdinands II., bis zu dem Grade, daß das Haupt derselben, der Herr von Eggenberg, in freien Stunden sogar ein Andachtsbuch zusammenschrieb. Aber einen Mann von originaler Geisteskraft würde man vergebens unter ihnen gesucht haben, und selbst mit der Vorbildung der meisten war es übel bestellt, wie denn, als die kaiserliche Regierung in Ferdinands Händen war, in seinem Reichshofrat ein erschreckender Mangel an reichsrechtlichen Kenntnissen hervortrat. Die Geschäftsführung der hohen Beamten war bezeichnet durch bequeme Lässigkeit und nebenbei durch sorgsame Bereicherung. Mitten unter den trostlosen Finanznöten des Monarchen übten Räte und Generale, nicht zum mindesten auch der Herr von Eggenberg, die Kunst, durch Kreditgeschäfte zwischen ihrer und der Staatskasse, durch Schenkungen des über freigiebigen Monarchen großartige Vermögen zu sammeln. Daß eine solche Regierung es überhaupt vermochte, mitten unter den gewaltigsten Kämpfen ihren Segnern standzuhalten und große Umwälzungen im Reich und dem österreichischen Staatswesen durchzuführen, lag daran, daß sie an zwei Zielen, die für sich eine Macht bildeten, weil eine Welt von Ueberlieferungen, Grundsätzen und Interessen ihnen diente, unverrückt festhielten: an der Macht des Hauses Oesterreich und an der Herrschaft der katholischen Kirche.

Die erste große Kundgebung des neuen Herrschers war, daß er an die

¹⁾ Giustiniano, 1619. (Romanin VII, 247.)

²⁾ Dietrichsteins Predigt, 1619. (Londorp I S. 708a.)

Untertanen und Stände der von Matthias hinterlassenen Hauslande mit der Aufforderung zu Gehorsam und Huldigung herantrat. Für sich selber hatte er gleich bei diesem Akte eine schwierige Gewissensfrage zu lösen, ob er nämlich bei der herkömmlichen Bestätigung der Rechte der Lande und Stände auch die kürzlich errungenen protestantischen Religionsfreiheiten bestätigen dürfe. Gelöst war diese Frage in Ungarn und im wesentlichen auch in Böhmen, indem Ferdinand bei den Krönungen von 1617 und 1618 dort die Gesetze von 1606 und 1608 bekräftigt, hier die Bekräftigung des Majestätsbriefs für den Zeitpunkt des Antritts der wirklichen Regierung versprochen hatte, beruhigt durch ein Gutachten der Prager Jesuiten, welches darauf fußte, daß, nachdem der schlimme Majestätsbrief einmal als Gesetz erlassen sei, die Erhaltung desselben ohne schlimmere Folgen nicht zu verweigern sei. Unklarer lag die Frage in Oesterreich, da die von Maximilian II. und Matthias den dortigen Protestanten gewährten Einräumungen nicht die den Nachfolger bindende Kraft von Gesetzen oder Privilegien besaßen. Aber auch hier waren es der Reichsvater und einige Jesuitentheologen, auf deren Erlaubnis sich Ferdinand im Lauf der Huldigungsverhandlungen zur Bestätigung bereit erklärte.¹⁾ Maßgebend war auch jetzt wieder der von Klesl erteilte Rat, daß man den Ständen die Berufung auf gebrochene Religionsfreiheiten abschneiden müsse, um ihren Widerstand als rein politische Empörung hinstellen zu können.

Wie bemerkt, faßte aber Ferdinand neben dieser Nachfolge in den Hauslanden auch diejenige im deutschen Reich ins Auge. Hier kam ihm von vornherein der Erzbischof von Mainz entgegen, indem er unverzüglich, und ohne über die von der Goldenen Bulle bestimmten Termine um einen einzigen Tag hinauszugehen, die Kaiserwahl auf den 20. Juli ansetzte; es kamen ihm ferner die noch vor dem böhmischen Aufstande geführten Verhandlungen zu gute, in deren Folge man von den geistlichen Kurfürsten und dem von Sachsen die Wahl eines Oesterreichers, d. h. bei dem Mangel jeder anderen österreichischen Kandidatur die Wahl des Königs Ferdinand, erwarten durfte. So brauchte denn Ferdinand selber fürs erste nichts weiter zu thun, als Gesandte an diese vier Kurfürsten abgehen zu lassen, um sie in ihrer günstigen Stimmung zu befestigen.²⁾

Aber in demselben Augenblick, da sich Ferdinand also anschickte, die doppelte Erbschaft anzutreten, brach auch der Widerstand, der mit jeder Stufe seines Emporstiegens gewachsen war, mit gesammelter Kraft hervor, um jetzt, in der entscheidenden Stunde, ihm die erstrebte Herrschaft hier wie dort zu entreißen. Zuerst erhoben sich seine Widersacher in den Hauslanden. Mitten aus jener Stimmung heraus, welche in Böhmen den Aufstand, in den anderen Ländern eine auf Empörung weisende Haltung bewirkt hatte, stellten die protestantischen Landstände die Frage, ob nicht von dem neuen Herrscher Schlimmeres zu erwarten sei als von dem alten. Nun hatte sich Ferdinand ja freilich bereit erklärt, die protestantischen Religionsfreiheiten zu bestätigen; aber unerschütterlich

¹⁾ Zollern, 1620 Juni 7. (Gindely III S. 464 fg.)

²⁾ An die geistlichen Kurfürsten Gundaker von Lichtenstein, an Sachsen Stralendorf. 1619 Mai 2. (Hirter VIII S. 4, Müller III S. 225.)

stand daneben sein Entschluß, eher alles zu verlieren, als eine Erweiterung dieser Freiheiten zu gewähren. Erweiterung der Freiheiten war es aber in Wahrheit, was die Stände unter dem stürmischen Verlangen nach dem Schutze derselben erstrebten, während das, was der neue Herrscher ihnen bot, Fortsetzung jenes Systems enger und verengender Interpretation war, gegen welches der Aufstand sich richtete. Da war ihr Schluß, daß Ferdinand nicht den Schutz, sondern die Vernichtung ihrer Freiheiten wolle, rasch gezogen, um so rascher, da seine kirchliche Gesinnung und der Einfluß der Jesuiten allbekannt war. Man fühlte sich ihm gegenüber zu weiteren Beschlüssen vorangetrieben, die in Böhmen nur auf die förmliche Losagung, in den anderen Landen auf den Eintritt in den Aufstand hinauslaufen konnten.

Allerdings das letzte Wort der Absetzung und der Gegenwahl auszusprechen, zauderte auch jetzt noch, selbst in Böhmen, die große Masse der Stände. Aber dafür bot sich ein Wort, hinter dem man die letzte Auskunft verstecken konnte; es lautete: vor Annahme des Herrschers Bürgschaften für die Freiheiten der Lande. Worin die vornehmste Bürgschaft bestehen sollte, wußte man auch schon ganz genau: es war die Vereinigung der Stände sämtlicher von Matthias hinterlassener Lande (S. 4). Eine solche Vereinigung sollte gegründet werden auf festen Satzungen zu Gunsten der kirchlichen und politischen Rechte der Lande, d. h. vornehmlich der protestantischen Stände, — sie war also als Verfassungsurkunde gedacht. Die Vereinigung sollte ferner die Kräfte der Stände verbinden zur Verteidigung dieser Rechte, — sie war also als eine Organisation zur Unterwerfung des Landesfürsten gedacht. Eine derartige Unterwerfung war, wenigstens bei freiem Willen, von Ferdinand niemals zu erwarten, — die Vereinigung mußte also zugleich die Einleitung zu seiner Absetzung werden.

Der Gedanke einer solchen Konföderation war noch bei Lebzeiten des Kaisers Matthias sowohl in, wie außerhalb Böhmens erstarkt. Schon im Herbst 1618 ging beim Kaiser von den protestantischen Ständen Unterösterreichs der Vorschlag ein, die Ausschüsse der verschiedenen Lande seien zu einem Generalkonvent zu berufen, und im Januar 1619 erklärten dieselben Stände sich auf eine Anregung der böhmischen Direktoren mit der Gründung einer Konföderation, wie sie im Jahr 1615 geplant gewesen, einverstanden.¹⁾ Als dann der Tod des Matthias eintrat, waren es die Böhmen, welche die Dinge in dieser Richtung weiter führten.

Auf den ihnen angekündigten Regierungsantritt Ferdinands mußte vor allem den böhmischen Ständen und Direktoren ihre im stillen gehegte Anschauung vom Recht freier Königswahl und der Nichtigkeit der Annahme Ferdinands (S. 13) mit der gebieterischen Forderung der jetzt zu ziehenden praktischen Folgerungen vor die Seele treten. Aber, wie gesagt, auch sie waren zum vorbehaltlosen Abfall noch nicht gefaßt. Um einen Mittelweg zu gehen, stellten sie also die Frage, ob Ferdinands frühere Annahme gültig, und ob und

¹⁾ Camerarius an Grün, 1619 Nov. 21. (Purgiertränklein, Londorp III S. 439. Als Vorschlag der „Nieder-Österreichischen Stände.“) Die unterösterreichischen Stände an die Direktoren, 1619 Jan. 15. (Raupach III Beil. S. 196.) Vgl. auch Thurn an den H. Siegnitz 1618 Dez. 17. (Londorp I S. 532.)

unter welchen Bedingungen er als Herrscher anzunehmen sei, als eine vorläufig schwebende und schließlich von den Ständen zu entscheidende hin; zugleich aber nahmen sie für die Zeit des Interregnums die Regierung im vollen Umfang — also nicht mehr bloß, soweit ihr Defensionswesen es erforderte — in Anspruch und stellten, als die vor allem anderen zu erledigende Aufgabe, die Konföderation der Lande auf. Militärisch war damals ihre Lage günstig. Die kaiserlichen Feldtruppen waren auf etwa 7000 Mann zusammengeschnitten, von denen 5000 unter Buquoy sich bei Budweis im südlichen Winkel Böhmens behaupteten und 2000 unter dem Obersten Dampierre bei Krems standen. Reichlich konnten die böhmischen Werbetruppen diesen Streitkräften die Wage halten; und wenn auch Ferdinand durch Neuerwerbungen und Zuzüge, von denen noch die Rede sein wird, seit dem Monat Mai allmählich wieder größere Massen zusammenbrachte, so wurde die Zahl der böhmischen Truppen durch das im März einberufene Landesaufgebot noch viel rascher und zeitweilig viel höher angeschwellt. Solche Gunst der Verhältnisse benutzend, warf sich der Graf Thurn am 23. April mit einem Heerhaufen von 8—9000 Mann auf das von kaiserlichen Truppen entblößte, von einer durch die Stände aufgebrachten Streitmacht nur scheinbar verteidigte Mähren, während Buquoy durch ein anderes böhmisches Corps unter Hohenlohe festgehalten wurde. Es galt jenes wichtige Nebenland der böhmischen Krone unter den mit dem Herrscherwechsel verbundenen Schwankungen für den Aufstand zu gewinnen. Und in der That, wie jetzt die böhmischen Truppen die Grenze überschritten, vollzog sich eine unwiderstehliche Erhebung der protestantischen Mehrheit unter Adel und Bürgertum. In Brünn strömten Edelleute und Städtegesandte zusammen, konstituierten sich am 4. Mai als Landtag und faßten nun zwei entscheidende Beschlüsse: der erste ging auf die Einrichtung einer provisorischen Regierung nach dem Muster der böhmischen Ordnungen, der zweite setzte den Eintritt in ein Bündnis mit Böhmen und anderen Landen fest, zu dessen Vereinbarung im einzelnen die Bevollmächtigten der beteiligten Stände sich zum böhmischen Landtag in Prag demnächst einfinden sollten.

Noch ehe diese Entscheidung in Mähren fiel, hatte eine ähnliche Bewegung die Stände der Ober- und Niederlausitz erfaßt und zu gleichartigen Beschlüssen getrieben. Da außerdem die schlesischen Stände sich schon längst auf die Seite der Böhmen geschlagen hatten, so thaten jetzt die Prager Direktoren einen weiteren bedeutsamen Schritt: sie luden die Stände der Lande, welche Matthias hinterlassen, auf den 15. Juni nach Prag zum Abschluß eines Bündnisses ein.¹⁾ Und schon konnten sie damals neben den der böhmischen Krone inkorporierten Landen auf einen weiteren Anschluß rechnen, auf den Beitritt nämlich der protestantischen Stände von Ober- und Unterösterreich. Unvergessen waren in diesem Kreise die Grundsätze, mit denen man im Jahr 1608 den König Matthias in die Enge getrieben hatte: daß die Regierung an den Nachfolger des abgegangenen Herrschers erst durch die Huldigung der Stände übergehe, daß der

¹⁾ An die evangelischen schlesischen Stände, Mai 17. (Palm, Acta publica 1619 S. 171.) In Ungarn die praestantissimi quique proceres ersucht, beim vorstehenden Reichstag die Deputation zu betreiben. (An den Komitat von Besprim, Mai 23. Ratona 30 S. 20.)

Huldigung vorausgehen müsse die Bestätigung der Landesrechte, die Abstellung der Verletzungen derselben, die Sicherung gegen künftige Verletzungen, und daß bis zur Erledigung all dieser Bedingungen die Landesverwaltung den Ständen zustehe (II, 257 f.). Mit der Geschwindigkeit einer wohl vorbereiteten Aktion griffen, sobald die Nachricht vom Tode des Kaisers kund wurde, die oberösterreichischen Protestanten zu diesen Grundsätzen zurück, und da sie den Landtag mit ihrer Majorität durchaus beherrschten, so war es ihnen nicht schwer, unter Leitung der ständischen Verordneten die Regierung an sich zu nehmen. Kaum im Besitz der Regierung, sahen sie sich aber auch schon von den böhmischen Direktoren um den Eintritt in das Bündnis der Lande angegangen; sie erwiderten darauf in demselben Sinne wie die Mähren, aber zeitlich noch vor denselben,¹⁾ womit denn einige weitere Truppenwerbungen und die Bereitstellung des Landesaufgebotes Hand in Hand gingen. „Wir sind,“ sagte Tschernembl,²⁾ „im Interregnum und daher befugt.“

Nicht so leicht hatten es die protestantischen Stände in Unterösterreich, da ihnen durch eine erstarkte katholische Partei die Wage gehalten wurde. Allein wenn sie sich das ganze Land nicht zu unterwerfen vermochten, so traten sie, als der unterösterreichische Huldigungslandtag am 25. März eröffnet werden sollte, den katholischen Ständen gegenüber sofort in die frühere Seccession zurück, bis ihnen bezüglich ihrer Beschwerden genuggethan sei; dem König gegenüber erklärten sie, die Huldigung verweigern zu müssen, bis die Vorbedingungen derselben erfüllt seien. Unter diesen Vorbedingungen aber erschien jetzt auch die Forderung, daß vorher die von den Böhmen begehrte Konföderation ins Leben gerufen werde;³⁾ und noch nicht lange war diese Forderung gestellt, als die Stände auch schon (am 11. Mai) dem Grafen Thurn ihren Entschluß zum Eintritt in das Bündnis anzeigten.

Zu den Auseinandersetzungen mit dem in zwei Teile gespaltenen unterösterreichischen Landtag befand sich damals Ferdinand selber in Wien, während ein auf den 26. Mai nach Preßburg berufener ungarischer Reichstag durch den Palatin eröffnet wurde. Ferdinand mußte, so unerschütterlich er jedes neue Zugeständnis zurückwies, die Verhandlung mit den protestantischen Ständen in noch freundlicherem Tone führen, als seine Gutmütigkeit an sich es schon mit sich brachte. Denn eben holte von Mähren aus der Graf von Thurn, nachdem Ferdinand in Wien gleichsam auf den letzten Posten der cisleithanischen Lande des Kaisers Matthias zurückgebrängt war, zu einem weiteren großen Schlage aus. — Ließ sich nicht, da die Verstärkung der Truppen des Königs noch sehr langsam voranging, von dem Thurnschen Corps der Weg nach Wien erzwingen? Konnten dann nicht, unter dem Schrecken dieses Einbruchs, der ungarische Reichstag und die katholischen Stände Unterösterreichs zum Eintritt in die Konföderation, Ferdinand aber zur Unterwerfung unter die Forderungen der protestantischen Stände

¹⁾ Diese Priorität erwähnen die böhmischen Direktoren in dem Schreiben an den Komitat von Besprim, 1619 Mai 23. (Ratona 30 S. 20.) Die Resolution fällt auf oder gleich nach den 12. April. (Příh II S. 350.)

²⁾ Acta consultatoria-Bohemica, cons. 1 n. 20.

³⁾ Resolution vom 8. Mai 1619. (Raupach III S. 394.)

genötigt werden? Und konnte endlich nicht, als Abschluß des Ganzen, dem König Ferdinand die ihm bestrittene Regierung, nachdem man sie unschädlich gemacht, großmütig eingeräumt werden? — Dies waren die Erwägungen,¹⁾ unter denen damals Thurn einen verwegenen Zug unternahm. Von Mähren nach Süden vordringend, nahm er am 29. Mai die österreichische Grenzstadt Laa und eilte nun mit einem Corps, das schwerlich an die Zahl von 10 000 Mann heranreichte, gegen die Donau. Nirgends fand er Widerstand; schon am 2. Juni begann er, einige Stunden unterhalb Wiens, dem Dorfe Fischamend gegenüber, den Strom zu überschreiten, und am 5. Juni drang er in die östlichen Vorstädte Wiens ein. Nach dem Schrecken, der sich der Einwohner der Vorstädte bemächtigte, sah es in der That aus, als ob nunmehr ein Zusammenbruch der Macht Ferdinands bevorstehe. Aber die Wirklichkeit war anders, als der Schein. Ferdinand verfügte neben den oben erwähnten Feldtruppen über eine Besatzung, welche Wien wenigstens gegen einen Handstreich schützte und am 8. Juni, nachdem am 5. von der Abteilung Dampierres, die selber durch den Zug ungarischer Werbetruppen anwuchs, die ersten Verstärkungen angelangt waren, bereits acht Fähnlein zu Fuß und acht Compagnieen Reiter zählte. Diese in den folgenden Tagen noch stetig zunehmende Besatzung durch eine regelrechte Belagerung zu bezwingen, war Thurn in keiner Weise vorbereitet. Wohl mochten durch sein Erscheinen die protestantischen Stände in Wien zeitweilig angefeuert werden; faßten sie doch jetzt den Beschluß, in völliger Trennung von den Katholiken als eine besondere Körperschaft aufzutreten, als solche die landständischen Rechte, soweit ihre Herrschaften reichten, auszuüben und ein eigenes Defensionswesen, mit Truppenwerbung und Landesaufgebot, einzurichten. Aber um etwa unter ihren Glaubensgenossen in Wien einen Aufstand zu entfachen, der den böhmischen Truppen den Eingang eröffnet hätte, dazu war ihre Kraft nicht stark und die Stimmung der Wiener Bevölkerung nicht gewaltsam genug. So harrete denn Ferdinand, ohne einen Augenblick nachzugeben, ohne auch, wie es scheint, in seinem Gleichmut besonders erschüttert zu werden, aus, bis das Unternehmen sich als eine mißlungene Demonstration herausstellte. Thurn, der mit seiner bescheidenen Macht in so ausgesetzter Stellung sich nicht behaupten konnte, begann schon in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni von den Mauern Wiens zurückzuweichen, und in den nächsten Tagen marschierte er über die Donau nordwärts, um in Böhmen das ins Wanken geratene Kriegsglück der Protestanten herzustellen. Gleich ihm zogen sich die protestantischen Stände aus der Hauptstadt zurück.

Der Zug des Grafen Thurn gegen Wien bezeichnete einen Höhepunkt, aber auch die vorläufige Grenze der böhmischen Erfolge. In den von Matthias hinterlassenen Landen hatten sich in Unterösterreich die katholischen Stände auf der Seite Ferdinands behauptet, und in Ungarn, wo die protestantischen Stände ebenfalls durch eine erstarzte katholische Partei im Zaum gehalten wurden, war Ferdinand in der Nachfolge des Matthias anerkannt. Auch militärisch besserte

¹⁾ Vgl. Thurns Erklärungen an die ungarischen Gesandten in dem Bericht Chr. Puechners vom 11. Juni. (Klein, Geschichte des Christentums in Oesterreich und Steiermark V S. 311 fg.)

sich die Lage des Königs. Während er von Ungarn seit Anfang Juni 6000 frisch geworbene Reiter heranzog, bewegten sich in denselben Tagen über die von Passau ins südwestliche Böhmen führende Bergstraße des Goldenen Steigs zwei wallonische Infanterieregimenter zu je 3000 Mann nebst 1000 Kürassieren,¹⁾ welche mit Hilfe einer neuen spanischen Beisteuer von 600 000 Dukaten erworben waren. Mansfeld versuchte von Pilsen her diesen Zug zu hindern; aber er wurde bei Jablat von Buquoy am 10. Juni gefaßt und sein etwa 3000 Mann zählendes Corps beinahe völlig aufgerieben. Da mußte Thurn eilends herankommen, um dem im Süden und Südwesten von Budweis sich ausbreitenden Buquoy durch Vereinigung seiner Streitkräfte mit denjenigen Hohenlohes das Gegengewicht zu halten; der Krieg war aus Oesterreich wieder nach Böhmen gespielt. Indes mehr als ein mühsames Sichaufrechthalten vor der Gefahr des völligen Absturzes bedeuteten diese Erfolge Ferdinands doch nicht. Unbeirrt gingen die für die Sache der Konföderation gewonnenen Lande und Landstände der großen Tagjazung in Prag entgegen, wo die Bundesurkunde vereinbart werden sollte, und nach der Vereinbarung die Frage der Absetzung Ferdinands und die Wahl eines neuen Königs unausbleiblich auf die Tagesordnung kommen mußte. Ob man aber bei diesem Voranschreiten gegen Ferdinand gewann oder unterlag, das hing innerhalb der Erblande vor allem von der Haltung Ungarns ab, außerhalb derselben von dem Fortgang der Bewegung, die teils für, teils gegen das Haus Oesterreich in der Politik der Stände des Reichs und der Nachbarmächte begonnen hatte.

Im Reich bot für den Fortgang der Bewegung den vornehmsten Anstoß die hier eröffnete Frage der Kaiserwahl. Am 11. Juni brach Ferdinand auf, um bei dem Wahltag zu Frankfurt als König von Böhmen sein Kurrecht, als Kandidat für die Wahl seine Interessen wahrzunehmen. Er bot damit den Feinden, welche ihm die Krone Böhmens zu entreißen und die des Reichs ihm nicht zukommen zu lassen gedachten, eine doppelte Herausforderung, und diese aufzunehmen, fühlten sich in erster Linie die Pfälzer berufen. Die Pfälzer sahen, daß alles, was sie im Reich und außer dem Reich erstrebten, jetzt zunächst von der Entscheidung der beiden Thronfragen abhing. Ihre Absicht nun ging vor allem dahin, daß zuerst die böhmische Wahlfrage erledigt, die Kaiserwahl dagegen so lange verschoben würde, bis ein gegen Ferdinand aufgeworfener Böhmenkönig seine Stimme für einen antiösterreichischen Kaiser würde abgeben können. Aber zur Erreichung dieser Ziele hatten sie bis zum Tod des Kaisers nur höchst ungenügende Anstalten getroffen. In Böhmen, wo sie allerdings die Neigung zu einer neuen Wahl bestärkt hatten, sahen sie sich genötigt, zwei Kandidaturen zu betreiben: im stillen die ihres eigenen Fürsten, äußerlich die des Herzogs von Savoyen. Im Reich, wo ihre Unterhandlungen hinsichtlich der Aufstellung einer größeren Armee über den Stand bloßer Phantastien nicht hinaus gekommen waren, fehlte ihnen die Handhabe, um ihre Gegner von einer unverzüglichen Kaiserwahl im österreichischen Sinne abzuschrecken. Da war es

¹⁾ Ihnen voraus waren die für Ferdinand erworbenen Regimenter Fugger und Wallenstein gezogen.

nun wiederum der Tod des Matthias, der auch in diesen Verhältnissen eine Wendung herbeiführte.

Vor allem kamen jetzt die Unierten in stärkere Bewegung. Sie sahen die katholischen Kurfürsten mit Festigkeit einer baldigen Kaiserwahl, die auf Ferdinand fallen sollte, entgegengehen, sie sahen in ihrer Nähe die erwähnten wallonischen Regimenter durchs Reich ziehen, als Vorboten, wie sie meinten, viel größerer Streitkräfte, welche Spanien und die katholischen Reichsstände auf den Kampfplatz führen würden. Das Interregnum schien ihnen Entscheidungen mit sich führen zu wollen, welche das Verhältnis der großen Parteien vollständig verschieben würden. In solcher Stimmung wurden sie nun im Juni 1619 zu einer Tagsagung in Heilbronn vereinigt.

Zu den wichtigsten Ergebnissen derartiger Versammlungen gehörte es, daß man sich der Forderungen bewußt wurde, die man mit geeinter Kraft zu vertreten hatte. Diesmal erschienen drei vornehmste Ansprüche der vereinigten Protestanten: das alte Verlangen nach Erledigung der Beschwerden auf dem Wege der Komposition, das neue Ansinnen der Verschiebung der Kaiserwahl bis nach Regelung der böhmischen Wirren und endlich der Schutz der aufständischen Böhmen gegen gewaltsame Unterdrückung. Daß man nun für die Verwirklichung so weit gehender Forderungen die entsprechenden Mittel beschafft hätte, lag freilich nicht in der Fähigkeit und den Ueberlieferungen der Union; aber was man beschloß, wies doch auf die Möglichkeit einer großartigen Aktion. Den böhmischen Gesandten zunächst, die um ein Darlehen gebeten hatten, bewilligten die Unierten die Bürgschaft für ein Anlehen von 200 000 Gulden, welches dann von Nürnberg gezahlt wurde; die Union trat also, wenn auch in tiefem Geheimnis, in eine aktive Bundesgenossenschaft mit den aufständischen Böhmen. Unter dem Titel der Verteidigungsbereitschaft sodann wurde die Aufstellung eines Unionsheers von etwa 8000 Mann zu Fuß und 3000 zu Pferde beschlossen; die Union nahm also in dem von Streit und Kriegsdrohungen erfüllten Reich die Waffen zur Hand. Es hieß: zur bloßen Verteidigung; aber an einer anderen Stelle des Abschiedes wurde gesagt: die Truppen sollen verwandt werden für die Herstellung dauernden Friedens im Reich auf dem Wege der Komposition, für die Unterstützung der Reichsvikarien bei Handhabung ihres Amtes, für die Verhinderung der Durchzüge der gegen die böhmischen Stände aufgebrachten Truppen. Das waren im Grunde genommen dieselben Zwecke, welche Anhalt und Ansbach für die mit Savoyens Hilfe vorzunehmende Kriegsrüstung aufgestellt hatten. Sie wiesen auf die Absicht, in die großen Machtfragen, sei es zwischen den Böhmen und dem Hause Oesterreich, sei es zwischen den katholischen und protestantischen Reichsständen, gewaltsam einzugreifen.

Verfügte nun aber die Union über die für eine solche Politik erforderlichen Mittel? Seit der Abrechnung über die Jülicher Kriegskosten (II, 418) hatte sie den bis Ende 1614 zu sammelnden Geldvorrat auf 35 Monate angesetzt, zu denen von den 30 Monaten, die in den drei Jahren 1615—17 zu erlegen waren, 20 nicht ausgegebene, und ferner 100 nach dem Beschluß vom Jahre 1614 in Bereitschaft zu haltende Monate hinzukamen: im ganzen

ein Sollbestand von 155 Monaten oder rund 2076000 Gulden.¹⁾ Da die ordentlichen Monatskosten der nunmehr aufgestellten Armee sich auf 182500 Gulden stellten, so hätte jener Fonds immerhin für ordentliche und außerordentliche Ausgaben etwa zehn Monate lang reichen können; allein wie es nun aus Zahlen kam, da zeigten sich, besonders was die in Bereitschaft zu haltenden 100 Monate anging, erschreckende Ausfälle. Von einer Summe von 1406510 Gulden,²⁾ die man zunächst im Lauf des Jahres 1619 für Kriegsausgaben einforderte, gingen bis Anfang Dezember nur 1056115 wirklich ein. Wie sollte bei derartigen Rückständen eine für längere und größere Kriegsbereitschaft erforderliche neue Umlage aufzubringen sein?

In diese Schwierigkeiten griff ein Mann ein, der in großen Fragen schon oft, und jedesmal mit der ihm eigenen Strenge und Leidenschaft sich geltend gemacht hatte, Landgraf Moriz von Hessen. Für ihn hatten die allgemeinen Gegensätze, in denen er seine Stellung ergriffen hatte, sich immer mehr zu Fragen der eigenen Existenz gestaltet. Er hatte als Mitglied der Union alle Gefahren derselben zu teilen: aber wie er nach dem Rücktritt Kurbrandenburgs neben den Anhaltiner Fürsten der einzige norddeutsche Bundesgenosse war, und zwar unmittelbar ausgesetzt den drei geistlichen Kurfürsten und dem hinter ihnen drohenden Regenten der spanischen Niederlande, so fühlte er sich von den Unierten, die ihre Kräfte möglichst in Oberdeutschland zusammenhielten, kaum geschützt. Wie er dann in dem Marburger Erbfolgestreit (II, 239) in immer tiefere Entfremdung von seinem Vetter Ludwig von Hessen-Darmstadt, in immer schärferen Gegensatz gegen den kaiserlichen Hof geriet, so mußte er nun, in dem kritischen Jahr 1618, zusehen, daß dieser Ludwig ähnliche Wege einzuschlagen schien, wie sie Neuburg im Jülicher Streit gegen Brandenburg eingeschlagen hatte. Ludwig erschien im November am Hofe Philipps III. von Spanien; hier erhielt er vom König ein Empfehlungsschreiben an den Erzherzog Albert, auf welches dieser dem Landgrafen versprach, in seinen „Partikularsachen“ die gute Korrespondenz mit ihm fortzusetzen.³⁾ So, persönlich bedrängt und durch den stürmischen Gang der allgemeinen Angelegenheiten tief erregt, erhob sich Landgraf Moriz zu einer weitausgehenden Unterhandlung. Im April oder Mai des Jahres 1619 legte er dem Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel den Plan vor, daß die gegenwärtige Krisis die getrennten Parteien der protestantischen Reichsstände zu gemeinsamem Handeln zusammenführen müsse: die Aufgabe sei Durchführung der Komposition im Reich und Ordnung der Dinge in Böhmen, und darnach eine Kaiserwahl mit Bewahrung des freien Wahlrechtes gegen die österreichischen Erbansprüche. Das Mittel sei eine allgemeine Tagsatzung der protestantischen Reichsstände — oder vielmehr, wie er bald

¹⁾ Ein Unionsmonat betrug damals mit Abzug des offiziell in den Listen fortgeführten Betrags von Kurbrandenburg 13,395 $\frac{1}{3}$ fl. — Ueber den Stand der Unionsfinanzen liegen mir Rechnungen vor von 1619 Sept. 18, Nov. 28 — Dez. 2. (Berliner St.-A. Unionsakten B. 35, 36.)

²⁾ Nämlich die 55 Monate und die Hälfte der 100 „Kreditmonate“.

³⁾ Erzherzog Albert an Lgr. Ludwig, 1618 Dez. 22. (Darmstädter Archiv, Akten die böhmischen Unruhen betreffend 1618—21. VIII, 1, 12.)

darauf den Unierten vortrug, der protestantischen Reichsstände, der mit der Union verbündeten auswärtigen Mächte und der böhmischen Stände — zur Stiftung einer allgemeinen Vereinigung.¹⁾

Also wie der Drang der Zeit die Stände der österreichischen Lande auf die Konföderation geführt hatte, so sollte er auf dasselbe Ziel die protestantischen Stände des Reichs treiben. Mit diesem Vorschlag schickte der Landgraf denn auch seinen Gesandten zum Heilbronner Tag, und über denselben hielt er nach Schluß der Tagsatzung eine Besprechung mit Friedrich V. zu Mannheim. Hochfahrend und eigenwillig wie der Landgraf war, fielen diese Unterhandlungen einigermaßen stürmisch aus. Wenn ihm gesagt wurde, daß die Aussicht auf eine allgemeine Konföderation die Union nicht hindern dürfe, sofort sich zu ihrer Verteidigung zu rüsten, so erwiderte er: einmal bewaffnet, werde man in defensiver Stellung nicht beharren dürfen, zur Offensive aber sei die Union zu schwach. Wenn auf solchen Thatendurst ihm entgegengehalten wurde, daß er unter den säumigen Zahlern der Union einer der säumigsten war, indem er von den bis Ende 1619 eingeforderten Beisteuern überhaupt gar nichts erlegte,²⁾ so antwortete er mit Vorwürfen gegen die Union, welche ihn schutzlos lasse und ihn nötige, sein Geld zur eigenen Verteidigung zu brauchen. „Es ist,“ klagte Camerarius, „mit dem Herrn durchaus nicht fortzukommen.“ Aber in Anerkennung der guten Gründe seines Vorschlags suchte die Heilbronner Versammlung mit dem Landgrafen fortzukommen: sie hielt fest an ihren Beschlüssen über die Kriegsbereitschaft der Union als einer sicheren Grundlage, dann aber beschloß sie, in Verhandlung mit den übrigen protestantischen Reichsständen einzutreten, um sie zum Anschluß an die Maßregeln der Union zu gewinnen.³⁾ Mit denjenigen, die sich gewinnen ließen, sollte dann am 1. September eine allgemeine protestantische Tagsatzung zu Mülhausen gehalten werden.

Zwei große Bündnisse suchte man also gegen Oesterreich und seine katholischen Genossen zu stiften, das eine in den österreichischen Erblanden, das andere im deutschen Reich. Indem nun für das letztere die Unierten ihre Verbundenen im Reich anstellten, machten sie in erster Linie ihre Rechnung auf die niederländischen Stände, mit denen sie ja bereits in einem Bündnisse standen (II 421); aber entscheidend für das Geschick ihres Planes mußte natürlich die Haltung Kurpfalzens werden.

Am Hofe des Kurfürsten Johann Georg hatte nun ebenfalls der böhmische Aufstand das protestantische Gemeingefühl erregt, ähnlich wie unter Rudolf II. die Empörung des Bocskay. Man glaubte, daß die Evangelischen in Böhmen

¹⁾ Rommel VII S. 350 fg. Resolution des Krf. Pfalz, 1619 Juni. (Camerarii epistolae sel. lit. i.) Camerarius, Juli 12 (a. a. D. lit. K.). Eingabe der hessischen Gesandten an den Heilbronner Tag, Juni 15. (Berliner St.-A. Unionsakten B. 35.)

²⁾ Vgl. die S. 33 Anm. 1 angeführten Rechnungen. Nach Rommel (VII, 358) beliefen sich des Landgrafen Rückstände auf 120 000 fl., was dem Betrag der bis Ende 1619 eingezogenen 105 Monate (Anschlag des Landgrafen: 1175½ fl. Briefe und Akten III S. 100 Anm.) in abgerundeter Summe entspricht.

³⁾ Daß sie sich „mit Rat und That zu der löblichen Union . . . consiliis bequemen möchten.“ (Bedenken auf des Landgrafen Antrag, Juni 16.)

bedrückt worden seien, und fürchtete die Folgen einer katholischen Reaktion. Aber bei jedem tieferen Einblick in die leitenden Personen und Tendenzen des Aufstandes fanden sich der Kurfürst, seine Räte und Theologen doch auch von den Rebellen abgestoßen. Die Führung in den politischen und kirchlichen Angelegenheiten, sagte Kaspar von Schönberg, der Präsident des geheimen Rats, haben die Calvinisten. Das Ende des Aufstandes, so bemerkte man sehr bald, droht in der Erhebung eines Gegenkönigs zu bestehen. Wie man demgemäß am kurfürstlichen Hofe zur Unterdrückung der Glaubensgenossen nicht helfen wollte, die Verbindung mit den Calvinisten aber und den Bruch mit dem Hause Oesterreich noch tiefer verabscheute, so richtete man die Gedanken, statt auf die Unterstützung des einen oder anderen Teils auf die Vermittlung zwischen beiden, und zwar wandte man die gleich zu Anfang des Aufstandes gegebene Erklärung des Kaisers, daß er durch eine Kommission eine gütliche Verständigung versuchen wolle, dahin, daß diese Kommission aus vornehmen Reichsfürsten zusammensetzen sei. Bereitwillig kamen Matthias und Ferdinand diesem Vorschlag entgegen, indem sie Sachsen und Mainz, Pfalz und Baiern als Vermittler, deren Majorität ihnen allerdings ungefährlich scheinen durfte, bezeichneten; weniger geneigt erwiesen sich dagegen die böhmischen Direktoren, besonders auch, als der sächsische Kurfürst im Dezember 1618 sie zu einem vom Kaiser ihm zugestandenen Waffenstillstand zu bewegen suchte. Was aber aus all diesen Bemühungen sich vorzugsweise ergab, war, daß man fortan in Sachsen jeden Fortschritt der Empörung als eine neue Erschwerung des Ausgleichsversuches mißbilligte.

Noch einmal wurde indes diese Gesinnung des Kurfürsten einer schweren Probe ausgesetzt, als nach dem Tode des Kaisers in den Berichten des sächsischen Agenten aus Prag das Steigen der auf Absetzung Ferdinands gehenden Bewegung und das wachsende, vornehmlich von den Grafen Andreas und Albin von Schlick geförderte Verlangen nach der Wahl des Kurfürsten Johann Georg sich aussprach. Der sächsische Kurfürst, das lag ja auch am Tage, war der einzige protestantische Reichsfürst, der nicht nur eigene bedeutende Mittel den Böhmen zuzuführen, sondern auch die gespaltenen Parteien der protestantischen Reichsstände zu verbinden und geeint dem Hause Oesterreich entgegenzuwerfen vermochte. Wenn er sich für die Sache des Aufstandes entschied, so wurde die Lage Oesterreichs wie der katholischen Reichsstände gefährdeter als je. — Aber auch in dieser kritischen Zeit hielt Johann Georg an seinen lutherischen und konservativen Grundsätzen fest. Und da war es denn eine unabweißbare Folge, daß auch jene Einladungen zum Abschluß an die Union bei ihm abprallten; er wies sie nicht nur zurück, sondern wirkte ihnen direkt entgegen.¹⁾

Die Hoffnung, das protestantische Deutschland um die Union zusammenzuscharen, wurde hiermit im wesentlichen vereitelt. Außer der Union fand sich nur noch eine Macht, die sich zur Unterstützung der Böhmen herbeiließ: das waren die Generalstaaten. In demselben Monat Mai, in dem hier die inneren Zwistigkeiten durch die Dortrechter Synode und das Todesurteil über Barneveldt

¹⁾ Vgl. sein Schreiben an die niederächs. Stände, 1619 Aug. 16. (Müller III S. 332.)

niedergeschlagen waren (S. 16), begannen die Staaten den Böhmen monatlich 50 000 Gulden zu zahlen.

Groß waren die Anstrengungen, die also im Reich und außer dem Reich für die Böhmen gemacht wurden, gerade nicht; aber den Pfälzern erschienen sie bedeutend genug, um in ihrem politischen Feldzug, welcher, wie gesagt, baldige Lösung der böhmischen Thronfrage und Verschiebung der Kaiserwahl bezweckte, einen weiteren Vorstoß zu unternehmen, — allerdings wieder einen Vorstoß aus möglichst gedeckter Stellung und mit sehr geringem Nachdruck. Auf der einen Seite ließen sie an die böhmischen Vertrauten wieder den Herrn Achaz von Dohna abgehen. Der hatte, als er am 2. August in Prag anlangte, über den Vertrag von Rivoli Mitteilung zu machen und abermals eine Empfehlung Savoyens zur Königswahl vorzubringen, letztere jedoch mit Gründen für und wider begleitet, die noch viel mehr als die frühere Empfehlung geeignet waren, den gegenteiligen Eindruck hervorzurufen. Die Hauptsache war, daß die Böhmen wiederum erfuhren, wie man zu ihren Gunsten arbeitete, daß sie die Rüstungen, welche Savoyen in Aussicht stellte, mit denen, welche die Union thatsächlich aufbrachte, vergleichen konnten, daß sie die Qualifikation Savoyens, das sich ihnen so eifrig anbot, gegen diejenige Friedrichs V., der so viel für sie arbeitete und sich so bescheiden zurückhielt, abzuwägen vermochten und unter dem allem zu dem entscheidenden Entschluß über eine neue Königswahl vorangetrieben wurden. Auf der anderen Seite wurde, und zwar alsbald nach dem Ausschreiben des kurfürstlichen Wahltags, der Kurfürst von Sachsen und der Erzbischof von Mainz um die Verschiebung des Tags bis nach Beilegung der böhmischen Unruhen bestürmt, es wurden die böhmischen Direktoren aufgemuntert,¹⁾ ein Schreiben an den Erzbischof von Mainz (23. Juli) einzugeben, in welchem mit Berufung darauf, daß nicht Ferdinand, sondern die Stände im Besitz der Regierung Böhmens seien, entweder die Verschiebung des Wahltags oder die Berufung der Stände zur Führung der böhmischen Kurstimme gefordert wurde. Kurz, die Pfälzer suchten durch Verhandlungen ihre Freunde voranzutreiben und ihre Widersacher zu schrecken. Aber wie nun, wenn sich die Gegner nicht schrecken ließen, wenn sie vielmehr sich jetzt ebenfalls zu Rüstungen aufrafften, die diejenigen der Union überboten?

Zwei Mächte waren es, auf deren Beistand Ferdinand vor allem rechnete, Spanien und die Liga. Für seine Beziehungen zu König Philipp III. von Spanien bot sich ihm von Anfang an ein Mittelsmann von unschätzbarem Werte in der Person des Erzherzogs Albert. Als Regent der Niederlande war dieser Fürst, ungeachtet seiner nominellen Selbständigkeit, Statthalter des spanischen Königs, zugleich aber auch ein Stand des deutschen Reichs. Als letzter von den Brüdern Rudolfs II. konnte er mit der Würde eines Seniors des deutsch-österreichischen Hauses auftreten, als Schwiegerohn Philipps II. nahm er zugleich einen ausgezeichneten Platz in der spanischen Königsfamilie ein. Seine weit zurückreichende Erfahrung, seine ruhige Festigkeit und sein makelloser Charakter gaben seinem Worte ein unanfechtbares Ansehen. Dieser Fürst nun hatte

¹⁾ Bericht der böhmischen Gesandten, Juni 23. (Mährisch-schles. Gesellschaft XVII S. 128.)

bereits unter Matthias den böhmischen Aufstand nach seinen äußersten Konsequenzen beurteilt und das Eintreten Philipps III. nicht mit bloßen Subsidien, sondern mit einem Heer von 35 000 Mann gefordert.¹⁾ Er sprach das Wort aus, welches fortan für den Eintritt Spaniens in die deutschen Kriegswirren die Losung wurde: Verteidigung der katholischen Religion und des Hauses Oesterreich. Anfangs drang er mit seiner Zumutung eines kriegerischen Entschlusses in dem durch den Krieg so furchtbar erschöpften Spanien nicht durch; aber wie nun nach des Kaisers Tod der Aufstand um sich griff, und die große Entscheidung der Kaiserwahl unmittelbar bevorstand, erneuerte er seinen Antrag:²⁾ die Armee sollte in den spanischen Niederlanden aufgestellt, und der von Spanien an die niederländische Regierung gezahlte Monatsbetrag von 130 000 auf 300 000 Dukaten erhöht werden. Wir werden sehen, daß diesmal sein Wort auf eine günstige Stimmung traf.

Neben der Hülfe Spaniens schaute man, und zwar auch schon zu Matthias' Zeiten, nach derjenigen der Liga aus, d. h. nicht jenes kleinen Bündnisses, das noch unter bairischer Führung zusammengehalten war, sondern der großen Liga, die man unter der Not der Zeit wiederherzustellen hoffte. Der einzige Mann, der dies Werk der Herstellung unternehmen konnte, war Maximilian von Baiern, die erste Bedingung aber, von welcher dessen Eintritt in eine derartige Thätigkeit abhing, war die Hebung seines Zwiespaltes mit Oesterreich. Solange nun der starrsinnigste Vertreter der österreichischen Ansprüche, der Erzherzog Maximilian, lebte, war in dieser Beziehung, besonders hinsichtlich der Einräumung einer durch Oesterreich nicht beeinträchtigten Leitung des Bundes an den bairischen Herzog, wenig zu hoffen. Erst als der Erzherzog am 2. November 1618 gestorben war, kam eine Verhandlung in Gang, hinsichtlich deren der Erzbischof von Trier bemerkte, daß jetzt, da Maximilian nicht mehr unter den Lebenden sei, der bairische Herzog wohl werde zu befriedigen sein. In der That war an dem Wunsch des Herzogs, daß angesichts der ausgebrochenen Kämpfe die Streitkräfte der katholischen Reichsstände zur Verfechtung ihrer Sache geeint werden möchten, nicht zu zweifeln. Aber rasch ging es auch jetzt mit dem Ausgleich der zwischen Oesterreich und Baiern entbrannten Eifersucht keineswegs.

Im November 1618 erschien als Gesandter des Kaisers und des Königs Ferdinand der Erzherzog Leopold beim Kurfürsten von Mainz und stellte unter anderem den Antrag, eine allgemeine Tagsatzung der katholischen Reichsstände zu berufen, auf welcher „das Unionswesen in verbesserten Stand gebracht werden möchte“.³⁾ Der Mainzer Erzbischof — es war noch der alte Schweikhard von Kronberg, dessen katholischer Eifer durch die Furcht vor den benachbarten Pro-

¹⁾ An Philipp III. 1619 Okt. 30: el año passado consulté a v. M. que el remedio . . . era que v. M. tomase este negocio a cargo, embiando un exercito de 30 mil infantes y cinco mil cavallos con todo el recaudo necessario. (Brüsseler St.-M. Secrét. d'Espagne n. 8.)

²⁾ An Philipp III. 1619 Aug. 19 (a. a. D.).

³⁾ Leopold, der neben Mainz auch andere katholische Fürsten anging, hatte vor allem Hülfe für den Kaiser zu erbitten. In einer Erklärung vom 20. März 1619 (s. u.) sagt er: den Antrag wegen „Reintegrierung“ der Liga habe er „allein von der königl. Maj. (sic!) wegen“ vorgebracht.

testanten, dessen Bundesbestrebungen durch den Wunsch, das Reich unter dem Kaiser zusammenzuhalten, gekreuzt wurden — hatte darauf vor allem das Gefühl des Schreckens vor der neuen Aufregung, welche eine solche Versammlung in das Reich hineintragen werde. Aber andere Männer, wie der streitbare Bischof Philipp von Speier und der Erzbischof Lothar von Trier, wußten dem Vorschlag eine praktische Wendung zu geben: man lasse zunächst, meinte der letztere, die in den Ligasachen erfahrensten Räte der geistlichen Kurfürsten zusammentreten und beraten, wie Baiern wieder zur Annahme des Amtes des Bundesobersten zu gewinnen, und wie dann durch eine große katholische Versammlung das Weitere vorzunehmen ist.¹⁾

Unter solchem Drängen veranstaltete der Mainzer im Januar des Jahres 1619 eine Versammlung zu Oberwesel, an der sich neben den geistlichen Kurfürsten die beiden Bischöfe von Speier und Würzburg-Bamberg beteiligten. Und hier nun brach eine kräftige Bewegung auf Herstellung der alten Liga durch. Hinausgehend über den Vorschlag des Trierer Erzbischofs griff man, unter ausdrücklicher Verleugnung der im Jahr 1613 versuchten Umgestaltung der Liga (II, 426), zu der alten Form des Bundes (II, 331) mit der rheinischen Gruppe unter Mainz, der oberländischen unter Baiern zurück. Unter der Bedingung, daß die oberländischen Stände ihrem Beispiel nachfolgten, beschloßen die Versammelten die rheinische Bundesgruppe wieder herzustellen, wobei allerdings — vermutlich nach den Wünschen des Mainzers — eine größere Selbständigkeit des rheinischen Kreises vorbehalten wurde. Denn nicht nur, daß beide Gruppen ihre eigene Bundeskasse erhielten, es wurde jetzt auch das Feldherrnamt geteilt: Baiern sollte es im oberländischen Kreis, der Graf Franz v. Baudemont anstatt des Mainzer Erzbischofs im rheinischen Kreise führen. Nur wenn infolge der zwischen beiden Teilen ausgemachten Bundeshilfe der Herzog Maximilian persönlich im rheinischen Bezirk erschiene, sollte ihm das Oberkommando über die beiderseitigen Streitkräfte zufallen.

Eine andere neue Bestimmung ließ die, wie bei den Protestanten, so auch bei den Katholiken zunehmende Entschlossenheit, die nach dem Religionsfrieden entstandenen Machtstreitigkeiten im Sinne der eigenen Partei auszutragen, erkennen. Aus den Verletzungen des geistlichen Vorbehaltes, so lautete diese Satzung, sind fast alle im Reich herrschenden Mißstände erwachsen. Deshalb wird man fortan jeden Versuch eines von der katholischen Religion abtretenden Geistlichen, sein Stift oder Benefizium zu behalten, als einen „Hauptbundesfall“ betrachten und mit Gewalt dagegen einschreiten. Daß dieses Einschreiten sich auf Apostaten beschränken sollte, die bis dahin dem Bunde angehörten, war nicht gesagt: die Wirksamkeit des Bundes wurde in einer der größten, zwischen Protestanten und Katholiken schwebenden Machtfragen auf das gesamte Reich ausgedehnt. Umgekehrt wurde die alle Gemüter bewegende Frage, welche Stellung der katholische

¹⁾ Mainz an Trier, 1618 Dez. 18, 29. Trier an Mainz, 1619 Jan. 7. (Koblenzer Archiv XII. Kriegssachen n. 12.) Metternich an Jocher, 1619 Jan. 7 (Wolf-Breyer IV S. 180 Anm. 9). Ueber Baierns Einwirkung durch Preysing (a. a. O. Anm. 10) fehlen noch die näheren Mitteilungen. Ueber des Papstes Mahnung vgl. Hurter VIII S. 194.

Bund gegenüber dem zwischen dem Hause Oesterreich und seinen protestantischen Landständen entbrannten Kampf einnehmen sollte, noch viel vorsichtiger, als es in der Union geschehen war, umgangen.

Als nach solchen Beschlüssen die Oberweseler Tagsatzung am 26. Januar beendet wurde, richteten die Beteiligten an den Herzog Maximilian von Baiern die Aufforderung, nunmehr im oberländischen Bezirk die entsprechende Vereinigung herbeizuführen. Wie zu erwarten, verlangte der Herzog erst mancherlei Bürgschaften für den Ernst des großen Unternehmens, vor allem aber forderte er Klarheit darüber, ob denn Oesterreich wirklich auf die dritte Gruppe der Liga unter österreichischer Führung so einfach verzichte, wie die geistlichen Fürsten aus den Anträgen des Erzherzogs Leopold herausgehört haben wollten. Damit rührte er eine Zweideutigkeit auf, die noch einmal das ganze Werk in Frage stellte. Denn als jetzt der mit diesen Verhandlungen beauftragte Bischof von Würzburg nebst den Bischöfen von Augsburg und Eichstädt die gewünschte Frage an den Erzherzog Leopold stellen ließen, hielt dieser Fürst es für angemessen, in der Tonart des verstorbenen Maximilian zu reden: allerdings habe seines Wissens weder Matthias, noch Ferdinand, noch das ganze hochlöbliche Haus Oesterreich an einen Bund mit bloß zwei Direktorien gedacht, vielmehr gehe er, Leopold, eben damit um, eine Bundesgruppe schwäbischer Stände unter seiner eigenen Führung zu bilden. — Als dem Bischof von Würzburg diese Kundgebung zukam, bemerkte er, daß er nunmehr den Herzog von Baiern nicht mehr für die Annahme des oberländischen Direktoriums zu gewinnen wisse.¹⁾

Zum Glück für das Haus Oesterreich dachte Ferdinand weniger starr über den Vorrang desselben. Am 27. April verstand er sich zu einer Erklärung, in welcher er den Streit zu Gunsten der zwei Direktorien entschied. Und da säumte denn auch der Herzog Maximilian nicht mehr, eine Versammlung nach München zu berufen, aus deren Beschlüssen am 31. Mai 1619 eine oberländische Bundesgruppe hervorging. Als Mitglieder traten diesem Bunde fürs erste bei: aus dem fränkischen Kreis der aus der rheinischen Gruppe ausscheidende Bischof von Bamberg-Würzburg nebst dem von Eichstädt, aus dem schwäbischen Kreis der Bischof von Augsburg und der Propst von Ellwangen. Als Bundesurkunde nahm man im wesentlichen die vom Mai 1617 (II, 428) an, setzte aber zugleich die Pflicht gegenseitiger Bundeshilfe zwischen dieser und der rheinischen Einigung fest. Die Dauer der beiden Bündnisse wurde auf sechs Jahre gesetzt. Zur Bildung eines Geldvorrats hatte der rheinische Bund einen Zuschuß von 50 Monaten beschlossen, während der oberländische sich mit 70 Monaten²⁾ besteuerte. Die Hilfe auswärtiger katholischer Mächte, besonders des Papstes, Spaniens und Frankreichs, beschloß man, ebenso wie bei der ersten Gründung der Liga, zu betreiben.

¹⁾ Bericht des B. Würzburg-Bamberg, 1619 März 18. Resolution des H. Baiern, Febr. 28. Instruktion der B. Würzburg, Eichstädt, Augsburg an Erzh. Leopold, den B. Konstanz und die Äbte von Kempten, Salmannsweiler und Weingarten, März 9. Resolution des Erzh. Leopold, März 20. Der B. Würzburg an Mainz, April 9. (Koblenzer Archiv a. a. O.)

²⁾ Wolf-Breyer IV, 285.

Das katholische Bündnis, wie es somit wieder ins Leben trat, war noch schwach nach der Zahl seiner Mitglieder und schwankend in seiner Stellung zu dem mehr und mehr nach dem Reich übergreifenden Brande in Oesterreich. Aber diese Schwäche und Unsicherheit wurde aufgewogen durch die Sicherheit und die Kraft, welche das Vorgehen des Bundeshauptes bezeichneten. Maximilian erwartete, wie bemerkt (S. 11), als Folge des böhmischen Aufstandes eine neue Zusammenfassung der protestantischen Kräfte in den österreichischen Landen und im Reich zu einem neuen Vordringen gegen die soweit zurückgeworfenen Katholiken. Diesem Andrang sich mit seinen Glaubensgenossen entgegenzuwerfen und dabei der Kraft des verabscheuten Widersachers einen nachhaltigen Stoß zu geben, war sein stiller und heißer Wunsch. Schon begann er, gedeckt durch einen Beschluß des bairischen Kreises und die Notwendigkeit, seine Grenzen zu schützen, seit Dezember 1618 Truppenwerbungen, die bis zum Sommer des Jahres 1619 auf einige tausend Mann gestiegen sein mögen.¹⁾ Schon trat er auch im Mai 1619, eben als die Aufrichtung der oberländischen Liga im Werke war, mit Ferdinand über dessen Unterstützung in Unterhandlung, und schon machten sich bei einer im August 1619 zu Eichstädt gehaltenen Versammlung der oberländischen Liga, wie der Herzog, so auch seine Verbündeten mit dem Gedanken vertraut, daß die Liga in den Kampf gegen die Böhmen zum Schutz der Rechte Ferdinands werde eintreten müssen. Allerdings indem die Versammelten diesem Gedanken nahe traten, geschah es unter der Voraussetzung, daß die Union sich offen mit den Böhmen vereinigen würde, und nicht ohne Einfügung von Vorbehalten, die eine voreilige Einmischung der Liga ausschlossen. Allein das war eine Zurückhaltung, die nicht nur mit des Herzogs Maximilian Vorsicht, sondern auch mit weiteren Berechnungen desselben zusammenhing.

Als Matthias, gegen den Maximilian seine unter Rudolf II. gefaßte Abneigung niemals aufgegeben hatte, gestorben war, und Ferdinand die herzlichen Empfindungen, die er als Better, Schwager und Studiengenosse gegen den bairischen Herzog hegte, in vertraulichem Briefwechsel zum Ausdruck brachte, kam es bald auch zur Bitte um ein Darlehen von 200 000 Gulden. Da hielt Maximilian es nicht unter seiner Würde, dem schwer bedrängten Fürsten die Hälfte der Summe zu bieten, wenn er ihm dafür die Tiroler Grenzfestung Kufstein verpfänden wolle.²⁾ Ferdinand verzichtete nun auf das bairische Geld; aber klar war es fortan, daß, wenn die Hilfe Maximilian gewonnen werden sollte, ihm neben der Ausbreitung der katholischen Kirche auch die Erweiterung seiner Fürstenmacht unter genauesten Stipulationen gesichert werden mußte.

Bis auf diesen Stand waren die Zurüstungen der Freunde und der Widersacher des Hauses Oesterreich gediehen, als im Laufe von drei Tagen, vom 26. bis zum 28. August 1619, drei Ereignisse eintraten, welche der Zeit des Ueberlegens ein Ende machten und denjenigen, die überhaupt an der Entscheidung der großen Streitfragen teilnehmen wollten, die Waffen in die Hand zwangen. Es

¹⁾ Baiern an Kurpfalz, 1618 Dez. 18, 1619 April 30. (Gründliche Anzeig. S. 101, 110.) Wolf-Breyer IV S. 146 Anm., 239 Anm.

²⁾ Hurter VIII S. 234.

war der Aufbruch Bethlen Gabors zum Angriffe Ungarns, die Wahl Friedrichs V. zum König von Böhmen und die Wahl Ferdinands II. zum deutschen Kaiser. Wir beginnen mit der letzteren.

Die Vorstellungen des pfälzischen Kurfürsten über die Notwendigkeit der Verschiebung der Kaiserwahl waren an einer Stelle, nämlich bei dem Kurfürsten von Sachsen, nicht ohne Eindruck geblieben. Noch ganz erfüllt von dem Gedanken der Vermittlung zwischen den Böhmen und ihrem Landesfürsten, meinte Johann Georg, daß jetzt die Ausgleichshandlung, statt durch die von Matthias ernannte fürstliche Kommission, durch das Kurfürstenkollegium vorzunehmen und daß erst nach derselben zur Wahl zu schreiten sei. Aber wenn nun die Pfälzer hieraus den Schluß zogen, daß vor allem die von Mainz als Wahltag berufene Kurfürstenversammlung zu verschieben sei, und wenn sie, um dies durchzusetzen, eine Zusammenkunft und feste Vereinbarung der drei protestantischen Kurfürsten verlangten, so trat ihnen alsbald wieder die tugendsame Gefeklichkeit der Sachsen in den Weg: den Kurfürstentag, den Mainz nach dem Buchstaben der goldenen Bulle berufen hatte, mußte man, wenn der Erzbischof das Ausschreiben aufrecht hielt, besuchen; erst dort konnte man das Verlangen des vor der Wahl anzustellenden böhmischen Ausgleichs zur Geltung bringen. Von dem Augenblick, da Sachsen diese Entscheidung traf und darauf beharrte, wurde die pfälzische Politik steuerlos. Denn daß am Kurfürstentag, wenn er einmal beisammen war, die katholische Majorität die Kaiserwahl als ersten Gegenstand durchsetzen werde, konnten Friedrich V. und seine Räte sich nicht verhehlen; wirksame Mittel jedoch, den Tag zu hintertreiben, vermochten sie nicht mehr zu finden; am Ende ergaben sie sich darein, die Versammlung nach dem sächsischen Vorschlag zu beschicken.

So trat denn am 20. Juli und den nächstfolgenden Tagen die entscheidungsschwere Tagsagung zusammen. Die protestantischen Kurfürsten ließen — soweit brachten sie ihren Widerwillen zum Ausdruck — sich durch Gesandte vertreten; die geistlichen Kurfürsten dagegen erschienen persönlich, und am 28. Juli zog auch Ferdinand zur Führung der böhmischen Stimme in Frankfurt ein. Als mit der ersten am 27. Juli gehaltenen Sitzung die Verhandlungen begannen, stellte sich sehr bald die überlegene Einigkeit der Katholischen und die Zerfahrenheit der Protestanten heraus. Entsprechend der Forderung, daß erst der böhmische Ausgleich, dann die Kaiserwahl vorgenommen werde, hatte der sächsische Kurfürst in der seinem Gesandten mitgegebenen Vollmacht beide Gegenstände zusammengefaßt. Nun aber machten die geistlichen Kurfürsten und Abgeordneten darauf aufmerksam, daß die Goldene Bulle für die Wahl eine besondere, nur auf dieses Geschäft bezügliche Vollmacht erfordere, daß auch die Pfälzer und die Brandenburger eine dem entsprechende Urkunde vorgelegt hätten. War es nun wirkliche oder erheuchelte Entrüstung, genug, der Kurfürst Johann Georg warf seinem pfälzischen Kollegen vor, er sei von ihm zu diesem inkorrekten Verfahren beredet und dann im Stiche gelassen; um also von dem unzuverlässigen Genossen sich nicht weiter irre führen zu lassen, schloß er sich nun auch dem weiteren Vermittlungsvorschlag der geistlichen Kurfürsten an, daß nämlich die Wahl ohne Aufschub vorzunehmen sei, und nur vorher für eine von den Kurfürsten anzustellende

Vergleichshandlung zwischen Ferdinand und den Böhmen Zeit und Ort bestimmt werde. In diesem Sinn wurde am 20. August der Prioritätsstreit entschieden, dann die Verhandlung über die Kapitulation, die keine wesentlichen Veränderungen erhielt, eröffnet, und schließlich der 28. August für die Wahl anberaumt.

Im Hinblick auf die Wahl erhob sich für die Pfälzer eine neue Verlegenheit. Ihr Kandidat war der Herzog von Baiern. Aber alle ihre Versuche, dessen Zustimmung zur Aufstellung seiner Kandidatur zu gewinnen — noch im Mai des Jahres 1619 hatten sie zu dem Zweck wieder einen Gesandten nach München geschickt — waren abgeglitten, und unter den Kurfürsten selbst hatten sie nur bei dem von Brandenburg eine laue Zustimmung gefunden. Dem gegenüber kamen die geistlichen Kurfürsten in der einhelligen Absicht nach Frankfurt, den König Ferdinand zu wählen, und in dem Bewußtsein, daß sie zusammen mit Böhmen über die Majorität verfügten. Für die Wahl eines Angehörigen des Hauses Oesterreich hatte sich auch der Kurfürst von Sachsen schon lange entschieden; und wie er nunmehr, unmittelbar vor dem Wahlakt, sich schlüssig zu machen hatte, welchem Angehörigen er seine Stimme geben sollte, fand er es mit dem Präsidenten seines geheimen Rats, dem Herrn von Schönberg, ratsam, seinen Gesandten den Anschluß an die Boten der katholischen Kurfürsten zu befehlen.

Noch eine leise Hoffnung auf Verhinderung der Wahl ging unter diesen Streitigkeiten den Pfälzern auf. Vom 29. Juli ab hatte sich das kurfürstliche Kollegium mit dem Gesuch einer in Hanau erschienenen Gesandtschaft der böhmischen Stände zu beschäftigen. Die Abgeordneten waren gekommen, um die Anträge, welche die Stände dem Erzbischof von Mainz vorgelegt hatten, nunmehr dem versammelten Kollegium vorzutragen. Eben deshalb wurde aber auch sofort gegen ihre Zulassung von Ferdinand protestiert und von den geistlichen Kurfürsten gestimmt, während die protestantischen Kurfürsten dafür eintraten, daß man ihre noch nicht kund gegebene Werbung hören solle. Die Hoffnung indes, diesen Streit zu einem Hemmnis der Wahl zu machen, erfüllte sich nicht. Die Böhmen blieben draußen, und am 28. August ging die feierliche Abstimmung vor sich. Der zuerst aufgerufene Erzbischof von Trier wählte Ferdinand, der zweite Wähler, der Erzbischof von Köln, erklärte, indem er gleich seinem Vorgänger stimmte, daß die etwaige Wahl seines Bruders, des Herzogs von Baiern, diesem selber unerwünscht sein würde, worauf denn alle mit Ausnahme des pfälzischen Gesandten für Ferdinand stimmten. Der Pfälzer gab sein Votum für Baiern, erklärte aber zugleich, sich einer regelmäßig vollzogenen Mehrheitswahl zu Gunsten Ferdinands zu unterwerfen.

Wie die ganze sechswöchentliche Verhandlung verlief, wurden bei dem alten Gegensatz zwischen Pfalz und Sachsen, bei dem trotz hoher Forderungen doch schlaffen Vorgehen der Pfälzer, die der Wahl Ferdinands in den Weg gelegten Hindernisse fast spielend überwunden. Indes dies hinderte nicht, daß den Personen, die sich unter dem Eindruck der täglichen Vorgänge befanden, die Lage zeitweilig ebenso ungewiß wie gefährlich erschien. Die Stadt Frankfurt war von den Streitkräften der Union umgeben, deren fürstliche Mitglieder, voran der Landgraf Moriz, der herannahenden Wahl mit wachsender Erbitterung ent-

gegensahen. Daß auch die Union im Stande war, ihre Truppen zu gebrauchen, erfuhr man, als ein Corps von 500 für Ferdinand geworbenen Reitern, das aus den Würzburger Landen durch das Ansbach'sche hindurch glücklich in das schützende Gebiet des Bischofs von Eichstädt gelangt war, hier noch von unierten Truppen am 11. August überfallen und stark geschwächt ins Würzburgische zurück gejagt wurde. Der Frankfurter Magistrat selber neigte nach seiner Gesinnung zu den Unierten und hatte die Bewachung der Stadt zwei Fähnlein zu je 200 Mann anvertraut, welche ihr die Union auf ihr Gesuch überwiesen hatte.¹⁾ In solcher Umgebung sank dem Kölner Erzbischof einmal derartig der Mut, daß er an die Auflösung des Wahltags dachte;²⁾ der alte Erzbischof Schweikhard bangte gar vor einer Art von Bartholomäusnacht und schöpfte erst neuen Mut, als ihm die Mutter Gottes erschien und ihn zur Wahl Ferdinands aufmunterte.³⁾ Am wenigsten, wie es scheint, ließ Ferdinand sich in seiner Gemütsruhe stören. Der glaubte, zumal da er als König von Böhmen nur an dem eigentlichen Wahlakt teilnahm, sich den langweiligen Verhandlungen zeitweilig entziehen zu dürfen, indem er einer Einladung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt zur fröhlichen Jagd folgte, womit er sich freilich das Mißfallen des Mainzer Erzbischofs um so mehr zuzog, als er nicht einmal daran gedacht hatte, sich von ihm als dem Direktor des Kurkollegiums Urlaub zu erbitten.⁴⁾ Allerdings, wenn irgend einer, so bedurfte Ferdinand der inneren Sicherheit, denn in den zwei Tagen, die seiner Kaiserwahl vorausgingen, kam es in Böhmen zur letzten Konsequenz des Aufstandes, zu der Wahl eines Gegenkönigs.

Zu jener großen Versammlung in Prag, auf welcher die Konföderation der österreichischen Lande zum Abschluß kommen sollte, fanden sich etwas später, als zuerst bestimmt war, nämlich am 8. Juli, die Delegierten der protestantischen Stände der vier böhmischen Nebenländer, sodann diejenigen der protestantischen Stände von Ober- und Unterösterreich ein. Verhandelt wurde mit ihnen zunächst von den böhmischen Direktoren, bis seit dem 23. Juli auch der böhmische Landtag vollzählig zusammentrat. Mit jener Geschwindigkeit, die in großen Umwälzungen eintritt, wenn die Massen von einem Gedanken erfaßt sind, die Ausgestaltung desselben aber einer thatkräftigen Minderheit — in diesem Fall den leitenden Männern unter den Direktoren⁵⁾ — überlassen bleibt, wurde die Akte der Konföderation zunächst für die böhmischen Kronlande fertig gestellt und bereits am 31. Juli von den Vertretern dieser Lande beschworen. Wie schon angedeutet, enthielt die Urkunde zunächst die kirchlichen und politischen Grundrechte der Lande, dann die Organisation zum Schutz dieser Rechte. In kirchlicher Beziehung wurden unter dem Namen der „Evangelischen“ die Angehörigen der böhmischen Konfession und der Brüdergemeinden, der ungeänderten wie der

¹⁾ Neuß in Stöbers *Asatia*, 1862/67 S. 347 fg.

²⁾ Philipp III. an Dñate, 1619 Sept. 6. (Brüsseler St.-Arch. *Sécret d'Espagne* n. 8.)

³⁾ Lamormainus, *Ferdinandi virtutes* S. 105, nach dem Zeugnis des P. Ziegler.

⁴⁾ Philipp III. an Dñate, Sept. 6. Derselbe an Erzherzog Albert, Sept. 6 (a. a. D.) — Getrüßte Darstellung der Sache bei Häberlin-Sentenberg XXIV S. 342.

⁵⁾ Vorlage des Konföderationsentwurfs durch den Gr. Schlicke am kurläch. Hof, Ende Juni. (Müller III S. 198.)

geänderten Augsburger Konfession zusammengefaßt: für sie alle wurde der Majestätsbrief, wie in Böhmen und Schlesien, so auch in Mähren und den beiden Lausitzen als Gesetz hingestellt und dann in umfassendstem Maße erweitert. Vollste Freiheit der Religionsübung und des Kirchenbaues wurde den Evangelischen jeder Klasse und unter jeglicher Herrschaft gewährt; ausschließlich mit Evangelischen sollten die obersten Landesämter, und vorzugsweise mit Evangelischen die städtischen Ämter besetzt werden. Von entsprechenden Festsetzungen zu Gunsten der Katholiken war keine Rede: ihnen bot man die ewige Verbannung der Jesuiten, das Verbot aller neuen Orden und die Säzung, daß die zur Zeit verlassenen Klöster, z. B. diejenigen der verjagten Jesuiten, zur Verfügung der evangelischen Stände bleiben sollten. In Bezug auf die politischen Verhältnisse wurden die den Landen gewährten Privilegien und Majestätsbriefe im allgemeinen verbürgt, im besonderen aber als unzweifelhaftes Privilegium die freie Königswahl aufgestellt, vorzunehmen nicht nur von den Böhmen, sondern von den Ständen der böhmischen Lande insgesamt. Der also gewählte König wurde aufs engste an die Mitwirkung der Stände gebunden: bei der Anstellung der obersten Landesbeamten,¹⁾ bei Werbung, Durchführung und Einlegung von Truppen, bei der Anlage von Befestigungen und bei dem Eintritt in einen Krieg. Zur Aufrechterhaltung all dieser Rechte wird dann eine straffe Organisation zu gemeinsamem Schutz und Widerstand eingeführt. Die Stände jedes Landes ernennen Defensoren, welche bei begründeten Klagen über Verletzung der Rechte ein stufenweise voranschreitendes Verfahren ins Werk setzen: erst Vorstellungen beim Landesfürsten, bei den Ständen des betreffenden Landes, bei den Defensoren sämtlicher Lande, dann Beschluß der Stände der vereinten Lande über Vornahme des kriegerischen Widerstandes. Für letzteren Zweck wurde eine Bundeskriegsverfassung aufgestellt, beruhend auf den den einzelnen Landen zugewiesenen Kontingenten, die z. B. zwischen den drei größeren Landen von je 3000 Mann zu Fuß und 1000 Mann zu Pferde bis zur Hülfe nach äußerstem Vermögen stiegen. Vorsorglich wurde auch bestimmt, daß für die Zwecke der zur Zeit ins Werk gesetzten Defension die Landessteuern zu verwenden seien, wozu man sich in Böhmen²⁾ noch Konfiskationen, fernere Eingriffe in die Ordensgüter und besonders auch die Krongüter, mit Ausnahme der sogenannten, für den zu erwählenden König allein übrig bleibenden „Tafelgüter“, vorbehielt.

Als diejenigen, gegen welche die Stände diese Defensivverfassung bestimmten, erschienen der König, wenn er die Säzungen der Bundesakte verletzete, ein Bundesland, wenn es von dem Bündnis abfalle, eine auswärtige Macht, welche ein konföderiertes Land angreife, endlich die katholischen Mitstände, welche die eidliche Verpflichtung auf diese Bundesakte verweigerten. Daß die letztgenannten unter den eventuellen Feinden erschienen, hing mit der einseitigen Anordnung

¹⁾ In Böhmen Präsentation der Stände (Art. 16), in Mähren die alte den Ständen nicht weniger günstige Praxis (Abschied des Gen. L. T. 1620, Rhevenhüller IX S. 995, Art. 7), ebenso in Schlesien und Lausitz (Gindely II S. 174).

²⁾ Artikel für Böhmen, n. 17.

der Konföderation zusammen. Ueber die Häupter ihrer katholischen Mitstände hinweg hatten die protestantischen Stände die neue das Recht der Länder völlig umgestaltende Verfassungsurkunde aufgestellt; eben deshalb erschien es ihnen nötig, von den Uebergangenen jene eidliche Verpflichtung zu fordern und daneben noch besondere Zwangsmaßregeln für den Fall der Weigerung anzuordnen. Großmütig gestatteten sie freilich auch denjenigen, die Verlangen darnach trugen, den Eintritt in das Bündnis.

Sechzehn Tage nachher wurde zwischen den also verbündeten Ständen einerseits und den protestantischen Ständen von Ober- und Unterösterreich andererseits ein zweites und weiteres Bündnis geschlossen. Dasselbe wurde begründet auf den erworbenen und noch zu erwerbenden Rechten der Lande in kirchlichen wie politischen Angelegenheiten. Die Hilfe — erst in Form gütlicher Verwendung, dann durch kriegerisches Eingreifen zu leisten — sollte, so oft eine Verletzung jener Rechte eintrat, in besonderer Zusammenkunft der Verbündeten beschlossen werden. Den katholischen Ständen wurde der Zutritt offen gehalten, und der Landesherr sollte bei der Huldigung den Bund bestätigen. Als ein verfassungsmäßiges Band sollte er ewige Geltung haben.

In geschlossener Vereinigung standen also jetzt die cisleithanischen von Matthias hinterlassenen Lande, vertreten durch die protestantischen Stände, dem neuen Landesfürsten gegenüber. Merkwürdig war es, wie dabei ein tiefer Gegensatz, nämlich der nationale, scheinbar leicht überwunden wurde. Das führende Land Böhmen trug einen ausgesprochen slavischen Charakter. Wie in der Amtsführung der königlichen Behörden,¹⁾ so herrschte hier auch in den Verhandlungen des Landtags die czechische Sprache. Im Herrenstand z. B. wußten innerhalb der altböhmischen Geschlechter nur die beiden Grafen Albin und Joachim Andreas von Schlick, der eine als Redner, der andere auch als Schriftsteller die deutsche Sprache gewandt zu gebrauchen, während selbst der dem kaiserlichen Hof von jeher so nahe stehende Slavata sich in der deutschen Sprache nicht recht sicher fühlte.²⁾ Wie in Böhmen, so war es in Mähren. Dagegen waltete die deutsche Sprache in Schlesien und den Lausitzen vor, und rein deutsch waren vollends Ober- und Unterösterreich. Daß nun diese nationalen Gegensätze den Zusammenschluß der Lande erschwert hätten, tritt in den Verhandlungen, soweit sie bekannt sind, nicht hervor. Es sieht so aus, als ob sie vor den großen Fragen protestantischer und ständischer Freiheiten verstummt wären. Allerdings im stillen sind sie vielleicht doch bei wichtigen Festsetzungen wirksam

¹⁾ Zu den Beschwerden gehörte freilich auch die Beförderung von Personen, die „Ausländer und der böheimischen Sprach nicht kundig“. (Andere Apologie, Beschwerden von 1608, Anh. S. 28 n. 24.)

²⁾ Ueber Albin als den einzigen im Herrenstand, „so in der deutschen Sprach etwas berecht“, Müller III S. 359. Eine deutsche Denkschrift des Gr. Andreas von 1617 über das Wahlrecht der böhmischen Stände bei Goldast, *Collectio consiliorum de successione familiae regiae in Ungariam et Bohemiam* (1719) S. 122. Nach dem Bericht Schlicks, 1621 Jan. (Mährisch-schles. Gesellschaft XVII S. 16) hat er auch die (erst böhmisch geschriebene) andere Apologie „selbst konzipiert“. — Daß Gr. Thurn umgekehrt nur mangelhaft böhmisch sprach (Gindely I S. 90), liegt daran, daß Böhmen ihm nur Adoptivwaterland war. — Ueber Slavata Gindely, *Gegenreformation in Böhmen* S. 460.

gewesen. Gleichzeitig nämlich mit der Aufstellung gleicher Grundrechte und der Zusammenfassung der Kräfte zur Verteidigung derselben wurde die Selbstständigkeit der Lande in ihrer inneren Verwaltung gegenüber zentralisierenden Bestrebungen der böhmischen Kanzlei und Kammer in Sachen der Justiz- und Finanzverwaltung, der Privilegien und Gnadenerweise neu befestigt. Es waren die deutschen Schlesier, welche mit besonderem Nachdruck für solche Anordnungen auftraten, und neben ihnen waren es die Oesterreicher, welche sich wohl hüteten, ihre freie Stellung außerhalb des Verbandes der böhmischen Kronlande etwa dadurch in Zweifel ziehen zu lassen, daß sie einen Anteil an der Königswahl erheischt hätten.

Indes mochten die nationalen Gegensätze in der Tiefe wirksam sein oder nicht, es gab einen anderen Gegensatz, der weder verhüllt noch überwunden werden konnte: das war der zwischen der Minorität der Führenden und der großen Masse der Geführten. Von Anfang an waren es die Edelleute und neben ihnen städtische Magistratspersonen, welche den Aufstand hervorriefen und leiteten. Nicht einmal die Prediger der verschiedenen protestantischen Bekenntnisse traten, wenngleich sie es im allgemeinen an beifallspendenden Predigten nicht fehlen ließen, irgendwie als wirkliche Leiter einer die Massen ergreifenden Bewegung hervor. Die Massen selber im Bürger- und Bauernstand folgten im allgemeinen gutwillig den Herrn Ständen; daß man jedoch ihrem Opfermut nicht viel zumuten durfte, zeigte sich an der Vorsicht, mit der man neben der fünfjährigen Steuer von 1615 erst jetzt, und nur für ein Jahr eine weitere erkleckliche Steuer zu beschließen wagte.¹⁾ Man müsse, bemerkte gelegentlich der radikale Tschernembl, die Leibeigenschaft aufheben, dann werde der gemeine Mann opferwillig werden.²⁾ Allein in solcher Richtung die Revolution weiter zu führen, kam den Ständen nicht in den Sinn; lieber nahmen sie als Folge der geringen Belastung in Kauf, daß die Geldmittel für die Löhnung der Truppen nicht ausreichten, daß die Soldrückstände mit jedem Monat stiegen und endlich, als man im September 1620 noch zwei Monate vor der letzten Entscheidung sich befand, die Höhe von fünf und einer halben Million Gulden erreichten.³⁾ Die unvermeidlichen Früchte dieser Wirtschaft, Tumulte und Meutereien, Widerspenstigkeit und Unlust der Truppen, traten denn auch in wachsendem Umfang seit dem Sommer 1619 hervor.

Wären nun wenigstens die Führer unter sich einig und ihrer Aufgabe gewachsen gewesen! Aber das Direktorium war, wie schon erwähnt, von Anfang an gespalten durch den Gegensatz zwischen den Furchtsamen, den Gleichgültigen und den Vorwärtsdrängenden, wozu sich der unvermeidliche Zwiespalt zwischen Lutheranern und Calvinisten gesellte: im Sinne der ersteren suchten die Grafen Schlick einen Rückhalt beim Kurfürsten von Sachsen, als Vertreter der letzteren hatte Ruppia von Anfang an die Verbindung mit den Pfälzern gesucht.

¹⁾ Rhevenhüller IX S. 517. Ueber kleinere Abgaben Gindely I S. 473, 474.

²⁾ Acta consultatoria Bohemica VI, 6 (aus August 1619), V, 4 (im Zusammenhang mit den von Gindely III S. 128 fg. geschilderten Bauernaufständen).

³⁾ Müller III S. 288.

Ebenso wenig Einvernehmen herrschte unter den militärischen Befehlshabern. Thurn wünschte den Krieg als verzweifelttes Spiel, Hohenlohe als ein gewinnbringendes, mit Vorsicht zu betreibendes Gewerbe zu führen, während der durchtriebene Mansfeld seinen dreifachen Charakter als Vertrauensmann der Union, des Herzogs von Savoyen und der böhmischen Direktoren benutzte, um eine möglichst unabhängige politische und militärische Stellung zu gewinnen. Wenn man endlich von Direktoren und Generalen zurückging zu der Gesamtheit der protestantischen Stände, so gewann man gelegentlich den Eindruck, daß Adel und Bürgerstand über die Behauptung oder Ausdehnung ihrer nutzbaren Privilegien, z. B. über die Beschränkung oder Erweiterung der Befugnis des Adels zum Gewerbebetrieb, in ähnlich bittere und hartnäckige Streitigkeiten untereinander gerieten, wie mit dem Kaiser über die Freiheit der protestantischen Religion.¹⁾

Das alles waren Mängel, die einstweilen das Zusammengehen der Aufständischen nicht hinderten, die aber zu der Frage berechtigten, ob diese Vereinigung bestehen werde, wenn es gelte, die äußersten Kräfte zusammenzufassen. Immerhin fürs erste war es das Schwergewicht der Bewegung selber, welches vorantrieb. Nach den ursprünglichen Absichten, an denen selbst Tschernembl noch beim Eintritt in die Prager Versammlung festhielt,²⁾ hätte die Urkunde der Konföderation dem König Ferdinand mit der Frage, ob er sich auf sie zu verpflichten bereit sei, vorgelegt werden müssen. Aber die Männer der That im Direktorenkollegium hatten ihre Anschauungen nach anderer Richtung geklärt: was mit derartigen Verhandlungen sich erzielen ließ, war ja nicht die Unterwerfung Ferdinands, sondern eine Zeit der Ungewißheit, während deren die Entschlossenheit der Konföderierten ins Wanken geraten konnte; deshalb wollten sie keine Verhandlung, sondern Beschlussfassung, daß Ferdinand aller Ansprüche auf die böhmische Krone verlustig sei. Für dieses Vorgehen wurden sämtliche Direktoren, und von den Direktoren die Stände sämtlicher böhmischer Kronlande — zuletzt, und zwar erst nach Abschluß der Konföderation, diejenigen von Mähren — gewonnen. Und so konnte denn in den Tagen vom 19. bis zum 22. August ein zweiter großer Akt des Generallandtags vor sich gehen. Zuerst faßten die Böhmen, dann die Deputierten der mährischen, schlesischen und Laufiger Stände den Beschluß der Verwerfung Ferdinands: keine Wahl, so hieß es, war keine wirkliche Wahl, sondern eine sogenannte Annahme, herbeigeführt durch List und Zwang, entbehrend der nötigen Zustimmung der böhmischen Nebenlande; auch die etwaigen, aus derselben erworbenen Rechte sind versichert, weil Ferdinand die damals übernommenen eidlichen Verpflichtungen gebrochen und sich vor und nach dem Tode des Kaisers Matthias als Feind der religiösen und ständischen Freiheiten der Lande bewährt hat.

Nach diesem Beschluß mußte nun geschehen, was den Männern der That vorzugsweise am Herzen lag: man mußte zur Wahl eines neuen Königs schreiten. Erst hierdurch wurde ja, was die Entschlossensten von Anfang an erstrebt hatten,

¹⁾ Lebzelter, 1619 Nov. 20, 1620 April. (Müller III S. 282.) Vgl. Gindely II S. 180.

²⁾ An Anhalt, 1619 Juli 26, 28. (Münchener Staatsbibliothek. Coll. Cam. 47.)

der Umsturz vollendet, hierdurch konnte man ferner — was ja nach der Entwicklung der Dinge vor allem anderen nötig erschien — die Zwieträchtigen vielleicht wieder zusammenführen, die Mutlosen aufrichten und die Eigennütigen zu größeren Opfern anspornen. So füllte man denn noch vier Tage nach Ferdinands Verwerfung mit den letzten Vorbesprechungen aus, um dann am 26. August zu der Wahlhandlung zusammenzutreten.

Außerlich waren in den letzten Monaten zwei Kandidaten der böhmischen Krone in den Vordergrund getreten: der erste von ihnen war der Kurfürst Johann Georg von Sachsen. Für ihn traten vor allem die Lutheraner, an ihrer Spitze die beiden Grafen Schlick ein. Für ihn herrschte aber auch bei den am Tage liegenden Vorteilen, welche der Eintritt Sachsens in den Krieg gegen das Haus Habsburg für die protestantischen Aktionsparteien im Reich wie in Oesterreich nach sich ziehen mußte, die stärkste Vorliebe in Böhmen überhaupt. Allein seine Kandidatur war eine bloß passive. Johann Georg wollte sich nun einmal nicht zum Haupt des böhmischen Aufstandes gebrauchen lassen, und ein zweimaliger Besuch, den der Graf Andreas von Schlick, erst im Juni, dann im August, an seinem Hof machte, führte keine Umstimmung des Kurfürsten herbei. Der zweite Bewerber war Karl Emanuel von Savoyen. Dessen Ehrgeiz hatte doch so sehr Feuer gefangen, daß er sich nicht bei dem lauen Eintreten seiner pfälzischen Freunde beruhigte, sondern zwei Agenten, den Grafen Mansfeld und einen Herrn de Bauffe, auf den Kampfplatz der Wahl schickte. Aber diese Bewerbung ließ umgekehrt die Böhmen kalt. Was konnte ihnen ein Fürst versprechen, dessen Sorgen zwischen Turin und Prag, zwischen der Feindschaft gegen das Haus Oesterreich und der Ergebenheit gegen die katholische Kirche geteilt gewesen wären? Indem also auch diese Kandidatur fiel, stieg um so höher eine dritte, die allerdings, soweit es auf den Bewerber ankam, nur verdeckt gestellt war, aber durch die Verwandtschaft der Politik, durch manche schon geleistete Hülfe und durch die aussichtsvollen Bemühungen um die Heranziehung der Union zur Unterstützung des Aufstandes sich nachdrücklich empfahl: es war diejenige des pfälzischen Kurfürsten.

Zwei Tage nach Abschluß der böhmischen Konföderation und vierundzwanzig Tage vor Eröffnung der Wahl, am 2. August, traf in Prag einmal wieder jener Athanasius von Dohna ein, welcher einem auserwählten Kreis die vieldeutigen Erklärungen der Pfälzer zu eröffnen pflegte. Auch diesmal brachte er den Böhmen weiter nichts als jene Mitteilungen über den Vertrag von Rivoli und jene laue Empfehlung der savoischen Bewerbung; aber diesmal ließen Ruppia und Genossen ihn nach einigen Tagen mit der Antwort zurückerufen, daß man endlich von Friedrich V. selber eine bestimmte Erklärung über die Annahme seiner und keiner anderen Wahl erwarte, und zwar alsbald, da man der Entscheidung entgegengehe.

Die Einsicht, daß man der Entscheidung entgegentreibe, daß man also einen Preis, den man mit heißer Begierde erstrebt und mit ängstlicher Vorsicht verleugnet hatte, nunmehr entweder ergreifen oder fahren lassen müsse, war damals auch den pfälzischen Staatsmännern aufgegangen. Um den Ereignissen näher zu sein, hatte daher Kurfürst Friedrich V. sich nach der Oberpfalz be-

geben, wo er mit dem Fürsten von Anhalt in täglichem Verkehr stand. Fürst Christian selber fühlte sich angesichts dieses Vertrauens seines jugendlichen Herrn von verschiedenen Empfindungen bewegt. Da im Geleit des Kurfürsten die Mutter desselben angemeldet war, sagte er sich, daß die Witwe Friedrichs IV. mit seiner Politik einverstanden sein müsse; da aber keiner von den Räten angekündigt wurde, besorgte er, daß die Verantwortung für die zu fassenden Entschlüsse ihm allein zugeschoben werde.¹⁾ Und in der That war er eigentlich allein der verantwortliche Leiter der pfälzischen Politik, wie sie seit dem Ausbruch des böhmischen Aufstandes sich entwickelt hatte. Nicht daß die übrigen pfälzischen Räte ihm ihre Zustimmung und Mitwirkung versagt hätten; aber jene Methode, kraft deren der pfälzische Kurfürst bei der Bewerbung um die böhmische Krone sich nach Kräften gegen persönliche Verantwortung deckte, wiederholte sich im pfälzischen Rat. Selbst ein Mann, wie Ludwig Camerarius, der in Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten vielleicht der hervorragendste unter seinen Amtsgenossen war, konnte drei Jahre nach der böhmischen Königswahl, als der Kurfürst darüber Land und Leute verloren hatte, seinen gnädigen Herrn als Zeugen anrufen, daß von ihm bei dem Entschluß zur Annahme der Krone keinerlei selbständiger Antrieb ausgegangen sei.²⁾ Weniger noch als die Räte konnte Friedrich V. eine mehr als formelle Verantwortung übernehmen. Voranschreitend nach den Ueberlieferungen einer aggressiven Politik, deren letzte Konsequenzen jetzt zu ziehen waren, schwankte er zwischen Hochgefühl und Niedergeschlagenheit, um schließlich in sich selbst keine Entscheidung zu finden. Es gab eigentlich nur eine Persönlichkeit am Heidelberger Hof, die den Dingen ohne viel Vorbehalt ins Angesicht sah: das war Friedrichs englische Gemahlin mit der Unverwundlichkeit ihrer Heiterkeit, ihres Uebermuts und ihres Ehrgeizes. Sie antwortete auf die Kunde von der Wahl Ferdinands mit Spott über den Fürsten, der nur ein Auge habe, das nicht besonders scharf sei; sie begrüßte die Zerspaltung jenes für Ferdinand geworbenen Reitercorps als eine wohl gelungene Jagd; sie richtete auf die Kunde von der Königswahl ihres Gemahls an den Vater in England die Aufforderung, jetzt die Liebe zu seinen Kindern durch kräftige Unterstützung zu beweisen. Indes brauchbaren Rat konnte auch sie bei ihrer Unkunde deutscher Verhältnisse und ihrem leichten Sinn nicht erteilen.

So auf sich allein gestellt, hatte Fürst Christian vor allem die Empfindung, daß die Dinge schwindelhaft rasch gingen. Seinen Rechnungen nach sollte in regelrechter Folge erst die böhmische Königswahl, dann die deutsche Kaiserwahl vor sich gehen. Statt dessen sah er die Wähler in Frankfurt und Prag, wie in einem Wettlauf, sich auf die Entscheidung stürzen. In dieser Not klammerte er sich an die Hoffnung, daß die Kaiserwahl doch noch in letzter Stunde zu durchkreuzen sei, und gab jetzt seinen Prager Freunden einen Rat,

¹⁾ An A. von Dohna, 1619 Juli 26 (Coll. Cam. 47). Die Kurfürstin Elisabeth an Buckingham über Anhalts Furcht to be hard censured in counselling the princes to the war. (Gardiner, Letters II S. 2.)

²⁾ An Kurpfalz, 1622 Okt. 30: er habe sich nur an dem (die Entscheidung offen lassenden) Gutachten der beim Wahltag befindlichen Räte (Mosler, Patriotisches Archiv VII S. 109) beteiligt. (Coll. Cam. 47.)

mit dem er seine früher aufgestellte Reihenfolge eigentlich umkehrte: daß man nämlich die böhmische Wahl verschiebe, bis man sehe, wie die Dinge in Frankfurt ausgingen. Er sah sich zu diesem Rat um so mehr veranlaßt, da eine feste Zusage einer leistungsfähigen Bundesgenossenschaft noch von keiner Seite erfolgt war. Die Union schien ja freilich auf gutem Wege zu sein; aber verpflichtet hatte sie sich zur bewaffneten Unterstützung der Böhmen noch keineswegs. Auf Jakob I. sodann wollte man eben jetzt einen neuen Ansturm versuchen, indem man Christoph von Dohna zum zweitenmal an ihn abfertigte, um seine Zustimmung und Unterstützung zur Erhebung seines Schwiegersohns zu erwirken; aber bis Dohna seine Reise wirklich antreten konnte, war bereits der 29. August herangekommen.

Gewiß kam also der Rat der Verschiebung, den Anhalt erteilte und Friedrich V. sich aneignete, aus aufrichtigem Herzen. Aber andererseits brachten weder er noch sein Kurfürst es über sich, diesen Rat ohne einen Zusatz zu geben, der den Sinn veränderte. Hatten nicht Ruppia und Genossen kategorisch gefragt, ob der Kurfürst eine Wahl zum böhmischen König annehmen werde? und konnte man nicht, wenn man diese Frage unbeantwortet ließ, die so mühsam und listig gewonnene Neigung der Wähler mit einemmal verscherzen? Unter solchen Erwägungen fügte der Kurfürst der Mahnung zur Geduld doch die Erklärung hinzu, daß er prinzipiell zur Annahme der Krone bereit sei, eine Erklärung, die er freilich auch jetzt nicht ohne Vorbehalte gab, aber doch so, daß er die lange Reihe der früher gestellten Bedingungen größtenteils fallen ließ.

Für die pfälzisch gesinnte Partei der Böhmen kam nur diese Erklärung in Betracht. Gedulden wollte sie sich um so weniger, da jeder Tag die Nachricht von Ferdinands Kaiserwahl bringen, und dann der Mut der versammelten Stände zusammenbrechen konnte. Und so traten diese Männer jetzt offen als Stimmenwerber für Friedrich V. hervor. Was aber sollten die Stände thun? Von den drei ernsthaft in Betracht kommenden Fürsten wollte der erste von seiner ihm aufgedrungenen Kandidatur nichts wissen, vom zweiten wollten die Böhmen nichts wissen, nur für den dritten sprach eine, wenn auch nicht vorbehaltlose Zuneigung der Wähler und Bereitwilligkeit des zu Wählenden. Also erfolgte denn am 26. und 27. August die beinahe einstimmige Wahl Friedrichs V. zum Könige Böhmens und der böhmischen Nebenländer.

An den Erwählten und seinen fürstlichen Ratgeber trat jetzt noch einmal die Anforderung zur Prüfung der Aussichten und Gefahren heran. Aber jetzt ließen sie sich mit überraschender Geschwindigkeit vorwärts treiben. Noch am 28. August, bevor er von der schon getroffenen Entscheidung wußte, mahnte Fürst Christian zur Verschiebung der Wahl.¹⁾ Am 29., als die verhängnisvolle Botschaft eingetroffen war, schrieb er: Friedrich V. werde die Wahl nicht zurückweisen; er sei „wohl resolviert“. Das einzige, was im Sinne beider Fürsten vor der wirklichen Kundgebung dieses Entschlusses jetzt noch zu thun war, bestand darin, daß man unter der heuchlerischen Beteuerung, von dieser nie erstrebten

¹⁾ An A. von Dohna, Coll. Cam. 47. Das Schreiben vom 29. August in der Anhaltischen Kanzlei S. 103.

Berufung völlig überrascht zu sein, sich vorher des Beistandes der pfälzischen Räte, der Union und des Königs von England versichere.

Indes, wie man an diese Freunde herantrat, zeigte es sich, daß hier der Fortschritt vom Schwanken zum Entschluß noch keineswegs gemacht war. Die zum Frankfurter Wahltag geschickten Räte — es waren Solms, Plessen und Camerarius — führten in unparteiischer Erwägung die Gründe für und wider die Annahme der Krone aus, um zum Schluß die Entscheidung ihrem gnädigen Herrn zu überlassen. In Rotenburg sodann beriet im Monat September eine Unionsversammlung über ein von Kurpfalz gewünschtes Gutachten bezüglich der Annahme oder Ablehnung der böhmischen Krone. Hier fand sich nur ein Fürst, den der Vorgang der Böhmen mit heißem Thatendurst erfüllt hatte: es war der Markgraf Georg Friedrich von Baden. Der Kurfürst, so erklärte er, handle gegen Gott und sein Gewissen, wenn er die Wahl nicht annehme; durch die Annahme werde dem „antichristlichen Haus“, dessen Macht von der Bedrängnis der Kirche unzertrennlich sei, merklicher Abbruch geschehen; es könne dadurch der Weg zur Erhebung eines evangelischen Kaisers eröffnet werden. — Vorsichtiger war schon der Ansbacher: sehe man auf des Kurfürsten Person, sagte er, so müsse man abraten, sehe man auf die evangelische Sache und die Konsequenzen der bisher von den Unierten befolgten Politik, so müsse man zuraten. Die anderen Fürsten, besonders Württemberg, schwankten zwischen der freudigen Aussicht auf die Vermehrung der protestantischen Macht und der beklemmenden Furcht vor der Einmischung der Union in einen schweren Krieg, und vollends gewann bei den Städten — es waren Nürnberg, Ulm und Straßburg erschienen — diese Furcht das Uebergewicht: zur Zeit, meinte Nürnberg, seien die Gründe gegen die Annahme die stärkeren. Das Ergebnis der Beratung war wieder eine akademische Darlegung der Gründe für und wider, und daneben allerdings das bei den Verhandlungen hervorgehobene Zugeständnis, daß die Union zur Verteidigung der Erblande Friedrichs V. verpflichtet sei.¹⁾

Und nun gar König Jakob I.! Mit Verlangen arbeitete der auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die englisch-spanische Heirat (S. 15); und um das unbequeme Hindernis des böhmischen Kriegs aus der Welt zu schaffen, ließ er seit dem Monat Juni seinen Gesandten Doncaster im Reich umherreisen, um dem König Ferdinand wie den Böhmen seine beiden Teilen gleich unwillkommene Vermittlung anzutragen. Auf alle Anfragen und Anträge seines Schwiegersohns hatte er demgemäß die immer gleiche Antwort: er könne nicht durch Parteinahme aus der Rolle des Vermittlers heraustreten.

Gewiß, tröstlich war dieses Ergebnis der Umfrage nicht. Aber statt dadurch zu verspäteten Bedenklichkeiten veranlaßt zu werden, schien vielmehr Fürst Christian von der Ungeduld der Böhmen nachgerade angesteckt zu werden. Am 25. September, als das Ergebnis der englischen Unterhandlung noch gar nicht

¹⁾ Rotenburger Unionstag. Sitzungen vom 14., 15., 17. September. (Berliner St.-A. Unionsakten 35.) Gutachten der Unierten für Kurpfalz, Sept. 16. (a. a. D.). — Bezüglich der Schutzpflicht für die Erblande hoben übrigens Kulmbach und die Städte hervor, daß sie zu einer besonderen Erklärung keinen Auftrag hätten.

vorlag, trat er an den Kurfürsten mit dem Ratschlag heran, daß der Ungewißheit nunmehr ein Ende gemacht werden müsse, und zwar durch die Annahme der Wahl. Drei Tage darauf ging die entsprechende Erklärung Friedrichs an die böhmischen Direktoren ab.

Es konnte nicht anders sein, als daß dieser Entschluß bei den Staatsmännern der Pfalz und der Union mehr Beklemmung als Freude hervorrief. Aber in Böhmen wurde er um so lebhafter begrüßt, da er mit einer anderen vielversprechenden Wendung zusammentraf, mit dem Eintritt Ungarns in den Aufstand. — Wie die Verhältnisse in Ungarn sich zunächst nach des Kaisers Matthias Tode gestaltet hatten, erschienen sie nahe verwandt mit den Vorgängen in Unterösterreich. Hier wie dort war die Partei der Protestanten zwar noch überwiegend, aber schon im Rückgang begriffen. Wie in Unterösterreich der Bischof Klesl, so hatte in Ungarn Peter Pazmany, seit dem Jahr 1616 Erzbischof von Gran, die doppelte Wirksamkeit eines katholischen Reformators und eines Führers der katholischen Partei unter den Ständen entfaltet. Zu den Erfolgen dieser Partei gehörte es, daß bei Ferdinands Königswahl ein von Pazmany zur katholischen Kirche zurückgeführter Magnat, Siegmund Forgach, zum Palatin gewählt war. Im Vertrauen auf solche Vorkämpfer seiner Sache, ließ nun Ferdinand zu Anfang des Monats Juni einen Reichstag in Preßburg eröffnen. Aber gleich in dieser Versammlung traten die Protestanten mit Beschwerden hervor, welche aus ähnlichen Bestrebungen und ähnlicher Erbitterung hervorgingen, wie die der böhmischen Stände. Im stillen hatte auch schon einen Monat vorher Graf Stanislaus Thurzo, von dem ein französischer Diplomat sagt, er sei „gleichsam das Haupt der ungarischen Hugenotten“, eine protestantische Parteiversammlung auf einem seiner Güter gehalten, bei welcher Abgeordnete der österreichischen und mährischen Stände die Erinnerung an das Bündnis von Sterbohol (II, 231) wach riefen: wenn, so hatte der Graf gesagt, die Böhmen in ihren Beschwerden recht hätten, so werde Ungarn auf ihre Seite treten.¹⁾ Und wieder einen Monat vor dieser Zusammenkunft hatte sich Bethlen Gabor zu rühren begonnen.

Bethlen Gabor, gleich den siebenbürgischen Fürsten vor und nach ihm, sah sich auf das gefährliche Spiel gewiesen, gegen das Haus Oesterreich, das die Oberherrschaft in Siebenbürgen beanspruchte, den Schutz des Sultans anzurufen, und gegen den Sultan, so oft er seine lose Oberhoheit in eine wirkliche umzuwandeln versuchte, sich dem Hause Oesterreich zu nähern. Aus dieser Lage hoffte er sich durch ein noch verwegeneres Spiel zu befreien: er dachte daran, Ungarn und vielleicht noch andere Stücke österreichischer Lande mit seinem Fürstentum zu vereinigen und dann zwischen dem Kaiser und dem Sultan eine selbständige Stellung einzunehmen. Sei es nun, daß dieser Gedanke von vornherein vor seiner Seele stand, sei es, daß er erst mit der Gelegenheit reifte — genug, als nach des Kaisers Matthias Tod die Macht des Hauses Oesterreich zusammenzubrechen schien, und in dem benachbarten Ungarn das Beispiel der Böhmen und die Erinnerung an das Bündnis mit Oesterreich und Mähren kräftiger zu wirken

¹⁾ Harlay (Achille Harlay de Sancy, Gesandter an der Pforte?) an Puisieux, 1619 Mai 22. (Paris. Bibl. nat. Ms. fr. 15 929).

begann, faßte er den Entschluß, nach dem Muster Bocskays als Vorstreiter der bedrohten Religionsfreiheit der Evangelischen die Herrschaft über Ungarn zu ergreifen. An sich freilich war der auf der Grenzscheide zwischen christlicher und mohammedanischer Welt emporgekommene Machthaber zum Vertreter eines von seiner Alleinberechtigung durchdrungenen Bekenntnisses wenig geeignet: während sich Bethlen zur reformierten Gemeinde hielt, fand doch der französische Diplomat, der ihn besuchte, in seiner Umgebung einen Jesuiten¹⁾ und schöpfte aus den Unterredungen mit ihm die Hoffnung, daß er noch bekehrt werden könne; der Kanzler des Fürsten hegte arianische Meinungen, und der Bruder Bethlens hatte sich mit der Schwester eines katholischen Edelmannes vermählt. Indes den sich bekämpfenden Mächten, der einen wie der anderen, sich als Verbündeten anzubieten und unter solchem Doppelspiel seine eigene Erhebung zu verfolgen, war eben der Kern von Bethlens Staatskunst. In diesem Sinn begann er seit dem Frühjahr 1619 den Angriff gegen Ferdinand vorzubereiten: am Hof des Sultans, indem er die Konnivenz und, wenn möglich, auch eine Beihilfe der Türken sich zu sichern suchte, bei Ferdinand selber, indem er ihn mit der Hoffnung auf bewaffneten Zuzug hinhielt, bei den ungarischen Mißvergnügten, indem er sich mit ihnen über eine gemeinsame Schilderhebung verständigte, bei den böhmischen Direktoren, indem er das Zusammenwirken der beiderseitigen Streitkräfte gegen Ferdinand mit ihnen vereinbarte.

Am 18. August konnte Bethlen den böhmischen Direktoren melden, daß er mit seinen Vorbereitungen fertig sei; acht Tage darauf brach er mit einem kleinen Heer von Klausenburg auf. Und nun, wie er in der Richtung auf Kaschau in Ungarn eindrang, wiederholte sich fast alles, was man bei Bocskays Einbruch erlebt hatte. Städte und Edelleute in Oberungarn traten in überwältigender Masse auf seine Seite; am 21. September ernannte ihn eine in Kaschau zusammentretende Versammlung seiner Anhänger zu ihrem Haupte; am 14. Oktober erkämpfte er sich den siegreichen Eingang in Preßburg: alles Land auf dem linken Donauufer mit Ausnahme von Waizen, Komorn, Munkacs und Neitra lag ihm zu Füßen; sein Heer war in dem von unbeschäftigtem Kriegsvolk und bewaffneten Banden der Edelleute angefüllten Lande auf eine mehr durch Zahl als Ordnung imponierende Masse gewachsen. Nach diesem Anfang sah er nun drei Aufgaben vor sich: auf einem ungarischen Reichstag, den der Palatin unter dem Zwang des Siegers auf den 11. November berufen mußte, war Beschluß zu fassen über neues Recht und einen neuen Herrscher für das ungarische Reich; mit den böhmischen Generalen war ein kräftiger Offensivstoß gegen Ferdinand zu vereinbaren, und mit den Mitgliedern der in Prag geschlossenen Konföderation war ein weiteres Bündnis im Namen Ungarns und Siebenbürgens zu schließen.

Das also war der Umschwung der Dinge, wie er sich in den verhängnisvollen Tagen vom 26. zum 28. August vollzogen hatte: Ferdinand war römischer

¹⁾ Il entendend raison et pourroit estre converty avec le temps; j'ay trouvé un Jésuite a sa cour, auquel il a fiance. (Harlay in dem angeführten Schreiben.) Das Weitere nach dem Tagebuch Chr. v. Dohna. (Raumer, Histor. Taschenbuch III, 4 S. 153.)

Kaiser, Friedrich V. war böhmischer König geworden, und Ungarn war in den allgemeinen Aufstand der von Matthias hinterlassenen Lande eingetreten. Je nachdem nun der Oesterreicher sein Kaisertum, der Pfälzer sein Königtum, die Ungarn ihre Verbindung mit den cisleithanischen Landen zur vollen Geltung brachten, mußte im Reich und seiner Nachbarschaft eine Umwälzung der kirchlichen und politischen Verhältnisse eintreten. Wie weit und nach welcher Seite aber die entgegengesetzten Bestrebungen zur Geltung gelangten, das hing davon ab, wie weit die im Kampfe Begriffenen zu den äußersten Anstrengungen, die zur Bundesgenossenschaft mit den Kämpfenden Neigenden zu entscheidenden Beschlüssen sich aufzuraffen vermochten. Die wahre Bedeutung jener drei Entscheidungen mußte sich also in ihren Folgen zeigen.
